Im Namen des Volkes?

Über die Justiz im Staat der SED

Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz – verbunden mit Projekten an Schulen in Dithmarschen

Dokumentation der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung

Ermöglicht wurde das Buch
„Im Namen des Volkes? – Justiz im Staat der SED“
durch die freundliche Unterstützung des
Bundesministeriums der Justiz, Berlin
und des Bundesamtes für Justiz, Bonn

Im Namen des Volkes?

Über die Justiz im Staat der SED

Vorwort der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung

Warnt vor Diktaturen und Ideologien: Stiftungsvorstand Berndt Steincke.

Viele Menschen glaubten nach Ende des 2. Weltkrieges, eine Diktatur werde sich in Deutschland nicht wiederholen. Falsch. Sie hat sich wiederholt, fast bis in die heutige Zeit hinein. Bei Gründung der DDR meinten etliche, nun müsse man ein besseres Deutschland aufbauen. Sie schritten mutig zur Tat, „bewaffneten" sich aber wieder mit einer politischen Ideologie, dem Sozialismus und Kommunismus.

Sie meinten sich durchsetzen zu müssen, um einen neuen gerechten Staat aufbauen zu können. So griffen sie mehr und mehr zu diktatorischen Methoden. Der große Bruder und Befreier Sowjetunion war ihr Partner und Unterstützer. Menschen, welche nach ihrer Meinung noch nicht die geistige Fähigkeit hatten, ihr gutes Werk zu erkennen, mussten eben zwangsweise in die „richtige" Richtung gestoßen werden. Damit verlor auch dieser Weg seine Unschuld. Es entwickelte sich eine Parteidiktatur, die sich immer mehr von Freiheit und Realität entfernte.

Nach einer Studie der Freien Universität Berlin von 2008 ist das Wissen deutscher Schüler/-innen um die Zustände in der früheren DDR höchst defizitär. So soll z.B. nur jeder Dritte wissen, dass die DDR die Mauer gebaut hat. Ebenfalls ein Drittel ist der Meinung, dass Adenauer und Brandt DDR-Politiker waren. Viele meinten, die Umwelt sei in der DDR sauberer gewesen als in der Bundesrepublik. Den Rentnern soll es nach der Umfrage besser als in der Bundesrepublik gegangen sein und von der Todesstrafe in der DDR wussten nur 27,1 Prozent. 48 Prozent der Schüler aus Ostberlin sahen die DDR nicht als eine Diktatur an und hielten Honecker für demokratisch legitimiert. Hinzu kommt in jüngster Zeit eine zunehmende Verklärung der Geschichte dieses totalitären Staates.

Die Ausstellungen über das DDR-Justizsystem haben deutlich gemacht, wie wichtig, ja unverzichtbar, die verfassungsmäßige Gewaltenteilung in unserem Staat ist. Dieses im Grundgesetz verankerte demokratische Prinzip ist für uns schon so selbstverständlich, dass viele Menschen gar nicht wissen, wie es 1933 bis 1945 zur NS-Diktatur und anschließend zur DDR-Parteidiktatur kommen konnte.

Die Gewaltenteilung in Gesetzgebung (Legislative), Vollziehung (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative) ist ein hohes existentielles Gut unserer Demokratie, für welches es sich zu streiten lohnt, denn es ist die Grundlage unserer Freiheit.

Den Leserinnen und Lesern wünsche ich eine interessante Lektüre und hoffe, dass damit auch die notwendige Erinnerungs- und Aufarbeitungskultur zum Nutzen der Demokratie in unserem Lande verbessert wird.

Die Stiftung verfügt als laufende Einnahme nur über die jährlichen Zinsen aus einem kleinen Stiftungskapital. Deshalb sind wir für unsere ehrenamtliche Arbeit auf Spenden angewiesen.

Alle beteiligten Schüler und Lehrer erhalten ein kostenloses Buchexemplar als Dank und Motivation für weitere Projekte.

Archive im Lande, der Offene Kanal Westküste, die Heider Stadtwerke, Zeitungen, Radio und Fernsehen haben uns ebenfalls unterstützt, dieses Thema publik zu machen, und für den Besuch der Ausstellungen geworben.

Dieses Buch wurde mit professioneller Hilfe des Journalisten Birger Bahlo erstellt, dem ich für seine engagierte Hilfe herzlich danke.

Als Vorsitzender der Stiftung möchte ich mit diesem Buch vor allem die Arbeiten der Schülerinnen und Schüler aus Heide, Brunsbüttel und Marne würdigen. Diesen Dank darf ich auch im Namen des Vorstandes und des Stiftungsrates ausdrücken. Die jungen Leute haben mit ihren Ergänzungen der professionellen Ausstellung aus Berlin mit selbst erstellten Ausstellungstafeln, Modellen, Zeitzeugenberichten, Theateraufführungen und musikalischen Beiträgen eine wichtige Arbeit geleistet und dadurch das Thema über ihre Schulen hinaus auch in die Öffentlichkeit getragen.

Ohne die große Hilfe des Bundesjustizamtes in Bonn und des Bundesjustizministeriums in Berlin hätte ich die Finanzierung der Ausstellungen nicht geschafft. Mein ganz herzlicher Dank gilt deshalb dem Referatsleiter Herrn Udo Weinbörner und der Referentin Frau Dr. Helia-Verena Daubach in Bonn für ihre überaus hilfreiche Unterstützung.

Auch viele Persönlichkeiten der Fachhochschule Westküste und der Heider, Marner und Brünsbütteler Schulen haben zum Gelingen beigetragen.

Tragisch und für mich ein schwerer Schlag war der plötzliche Tod meines Freundes und Vorsitzenden Klaus Steinschulte im September 2011. Überaus engagiert hat er die Ausstellungen mit auf den Weg gebracht, konnte ihren Erfolg jedoch nicht mehr miterleben. Kurze Zeit darauf verstarb überraschend auch das Stiftungsratsmitglied Gert Glüsing. Er hatte die Stiftung in selbstloser Arbeit jahrelang erfolgreich bei der Recherche von verstorbenen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern und mit der Präsenz bei unseren Info-Ständen unterstützt.

Danke!

Udo Weinbörner, Referatsleiter Bundesjustizamt, 10117 Bonn, Adenauerallee 99 – 103
Dr. Helia-Verena Daubach, Referentin im Bundesjustizamt Bonn
Jurist und Historiker beim Bundes-Beauftragten für die Unterlagen der Stasi der ehem. DDR,
Dr. Klaus Bästlein, 12159 Berlin, Cosimaplatz 2
Leiter der Fachhochschule Westküste in Heide Prof. Dr. Hanno Kirsch, Prof. Dr. Hans-Dieter Ruge, Kanzler Rüdiger Günther und den Mitarbeitern der Verwaltung, Frau Thomsen, Michael Egelbrecht und Antje Korthals
Dr. Wolfgang Plüghan, Leiter VHS Brunsbüttel und seiner Nachfolgerin Elke-Heidrun Schmidt, Max-Planck-Straße 9 – 11
Leiter der Dithmarscher Musikschule, Richard Ferret, Heide
Präsidentin des Oberlandesgerichts in Schleswig, Frau Uta Fölster
Präsident des Landgerichts Itzehoe, Dr. Bernhard Flor
Dr. Matthias Duncker und Kunstlehrer Rolf Kühler, Gymnasium Heide-Ost,
Frau Los-Wiborg, Gemeinschaftsschule Heide-Ost
Schulleiter OStD Hans-WalterThee, Gymnasium Brunsbüttel
StD Gerd Striebinger, Gymnasium Brunsbüttel
Geschichtslehrer Claus-Peter Kock und Geschichtslehrer Sönke Schaal,
Werner-Heisenberg-Gymnasium
Dr. Telse Lubitz, Volkshochschule Heide
OStD Peter Kruse, StD Johann-Josef Moutty und OStD Ernst-Wilhelm Blöcker,
Berufsbildungszentrum Heide
Geschichtslehrer Christian Kühl, Regionalschule Marne
Staatssekretär Michael Dölp, Kiel
Dithmarscher Landeszeitung
Norddeutsche Rundschau
Norddeutscher Rundfunk
Offener Kanal Westküste, Andreas Guballa
Elbeforum Brunsbüttel, Mitarbeitern/-innen
Stadtwerke Heide
Heider Offsetdruckerei Pingel-Witte, Heide
Scheller-Buchhandlung, Heide (Büchertisch)
Rudi Beckert, Ehemaliger Oberrichter der DDR; Buchautor „Glücklicher Sklave“
Buchautorin Sandra Pingel-Schliemann („Zersetzen – Strategie einer Diktatur“)
Bundespräsident Dr. Joachim Gauck (Grußwort)
Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Heide-Ost, der Gemeinschaftsschule Heide-Ost, des Werner-Heisenberg-Gymnasiums, der Regionalschule Marne, des Gymnasiums Brunsbüttel und des Berufsbildungszentrums Heide

DDR-Justiz

Instrumentalisierung von Recht
für politische Zwecke...
Missachtung der Verfassung durch Richter...
Justiz gesteuert und kontrolliert durch die
Herrschaft der SED...

Bundesministerium der Justiz

Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung

FHW Fachhochschule Westküste
Hochschule für Wirtschaft & Technik

Ausstellung

Im Namen des Volkes?

- Über die Justiz im Staat der SED -

Eröffnungsveranstaltung:
Dienstag, 15. November 2011
16 - 18 Uhr in der
Fachhochschule Westküste

Plakat zur Schöffenwahl.

Eine Ausstellung des
Bundesministeriums der Justiz
10117 Berlin

in Kooperation mit der
Stiftung gegen Extremismus und Gewalt
in Heide und Umgebung
Süderstraße 30
25746 Heide

sowie Heider Schulen

an der Fachhochschule Westküste
Fritz-Tiedemann-Ring 20, 25746 Heide

Öffnungszeiten bis 31. Januar 2012:
Montag bis Freitag 9:00 – 16:00 Uhr

Mit diesem Plakat lud die Stiftung zur Ausstellungseröffnung Heide ein.

Stiftung unterrichtet Joachim Gauck über Dithmarscher Schülerprojekte

Wohl kaum jemand mag durch seine Vita besser geeignet sein als Bundespräsident Joachim Gauck, zu dem Ausstellungsprojekt der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung um eine Stellungnahme gebeten zu werden. Joachim Gauck wirkte bekanntlich als evangelischer Pastor in der ehemaligen DDR. Als er laut Berichten von Inoffiziellen Mitarbeitern 1982 während eines Friedensgottesdienstes Parallelen „zwischen dem Faschismus in Deutschland und unserer sozia-

Tief beeindruckt zeigt sich Joachim Gauck, als ihm Bendt Steincke eine erste Dokumentation der Schülerprojekte überreichte.

listischen Entwicklung in der DDR“ hergestellt haben soll, empfahl jener IM laut Internet-Lexikon Wikipedia die „Einleitung von gezielten Zersetzungsmaßnahmen“. Unbekannt sei, ob die vorgenommen wurden. Nach der Wiedervereinigung leitete Gauck als Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen die Aufarbeitung der Geschichte der Geheimpolizei. Von 2003 bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten leitete er den Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, dessen Ziel es ist, die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen sowie dem Unrecht des SED-Regimes zu führen und die Demokratie in Deutschland zu stärken. Angesichts dieser Parallelität zu den Zielen der Heider Stiftung und aufgrund seines Lebenslaufes war es für Joachim Gauck eine Selbstverständlichkeit, ein Grußwort zu dem Ausstellungszyklus in Dithmarschen zu verfassen. Stiftungsvorstand Berndt Steincke traf Dr. h. c. Joachim Gauck, als er noch Vorsitzender des Vereins war, persönlich in Kiel und überreichte ihm als Dank für sein Grußwort die Ergebnisse der Zeitzeugen-Befragung durch Heider Schüler.

Grußwort zum Ausstellungszyklus

Es ist wunderbar, wenn es in einer Kreisstadt mit 20.000 Einwohnern eine bürgerschaftliche Stiftung gegen Extremismus und Gewalt gibt, die versucht, junge Menschen gegen autoritäre politische Strukturen immun zu machen. Es freut mich sehr, wenn diese Stiftung eine Ausstellung über die Justiz in der DDR nach Heide holt, wenn Schülerinnen und Schüler im Nordwesten unserer Republik sich mit DDR-Geschichte auseinandersetzen, um den Unterschied zu verstehen zwischen gelenkter und unabhängiger Gerichtsbarkeit, zwischen Justiz als Mittel zur Gegnerbekämpfung und Justiz als Garant von Bürgerrechten, zwischen Diktatur und Demokratie. Ich wünsche der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung viel Unterstützung und Erfolg bei der Arbeit, möge ihr Beispiel der Verbindung von Geschichtsaufarbeitung mit zivilgesellschaftlichem Engagement Schule machen.

Dr. h.c. Joachim Gauck, Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Wanderausstellung des Bundesministeriums der Justiz

Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED

Die Ausstellung bildete in der Fachhochschule Westküste in Heide und im Bürgersaal des Elbeforums Brunsbüttel jeweils den Mittelpunkt, um den herum die Projekte der Schüler präsentiert wurden.

Die Ausstellung zeigt, wie eine Justiz ohne unabhängige Richter zur Durchsetzung von Machtinteressen missbraucht werden konnte. Anhand konkreter Verfahren holt sie die Schicksale der Opfer, jenseits abstrakter Zahlen und Statistiken, ins Licht. Sie zeigt aber auch exemplarisch, wie die DDR-Justiz alltägliche zwischenmenschliche Konflikte regelte. Die Ausstellung geht auf eine Anregung von Richtern, Staatsanwälten und Bürgerrechtlern aus den neuen Bundesländern aus dem Jahr 1991 zurück.

Berndt Steincke und Klaus Steinschulte (v. r.) überzeugen die Verantwortlichen im Bundesjustizamt davon, die Ausstellung der Stiftung zur Verfügung zu stellen.

Auf über 75 Schau-Elementen informiert sie in Text und Bild über die Themengebiete „SBZ und DDR unter Ulbricht (1945 – 1971), „Organe der sozialistischen Rechtspflege einschließlich ihrer Steuerung durch die SED“ und „DDR unter Honecker bis zur Vereinigung (1971 – 1990)“. Die Ausstellung ist ein Duplikat der Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz, die in der Gedenkstätte Moritzplatz, Magdeburg, dauerhaft zu sehen ist.

Teil I: SBZ und DDR unter Ulbricht (1945 – 1971)

Bis 1950 wurden von den 2467 Richtern und Staatsanwälten in der Sowjetischen Besatzungszone im Mai 1945 alle entlassen, die Mitglied der NSDAP waren (1938 Richter und Staatsanwälte). Um sie zu ersetzen, wurden ab Februar 1946 Volksrichter in Lehrgängen von zunächst 6, später 24 Monaten Dauer ausgebildet. Etwa 80 % der Lehrgangsteilnehmer gehörten der SED an, die dadurch Einfluss auf das künftige Justizpersonal gewann. Mitte der 50-er Jahre waren 80 % aller Richter und Staatsanwälte durch einen Volksrichterlehrgang in die Justiz gelangt. Bis 1960 erreichte die Mehrzahl der Volksrichter im Fernstudium das Examen eines Diplomjuristen.

1950 ließ die Sowjetische Militäradministration die letzten 15.038 der von ihr Inhaftierten frei und übergab weitere 3.432 der DDR-Justiz, die sie als Nazi- oder Kriegsverbrecher zur Verantwortung ziehen sollte. Über sie wurden von April bis Juni 1950 in Waldheim im 30-Minuten-Takt 3.392 Urteile gefällt, darunter 33 Todesurteile. Die Waldheimer Prozesse gehören zu den ersten Scheinverfahren der DDR-Justiz. Freiheitsstrafen unter 5 Jahren durfte das Gericht nur nach Genehmigung durch eine Kommission aus Partei, Polizei und Ministerium verhängen. Richter, die an einem Tag zu milde urteilten, wurden am Folgetag abgelöst.

Von Beginn an wurde die DDR-Justiz tätig, um Ausreisewillige zurückzuhalten. Weil es zunächst keine gesetzliche Handhabe gab, wurden Ausreisewillige wegen Kriegsverbrechen oder Boykotthetze verfolgt. Ab 1953 half die „Verordnung über die Rückgabe von Personalausweisen“ weiter: Wer vor dem illegalen Fluchtversuch seinen Personalausweis nicht zurückgab (!), konnte fortan mit bis zu 3 Jahren Haft bestraft werden. Erst 1957 wurde die „Republikflucht“ selbst strafbar.

Die Justiz legalisierte die Unterdrückung der Opposition. 19 Oberschüler aus Werdau, die sich in der Tradition der Geschwister Scholl 1950/51 mit Flugblättern gegen den Stalinismus wehrten, wurden am 4. Oktober 1951 um 0:30 Uhr zu insgesamt 130 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Prozess hatte erst am Vortag begonnen und selbst die DDR-Führung von ihm nur aus Westberliner Zeitungen erfahren. Dagegen konnte der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 vor Gericht nicht als „faschistischer Putsch“ gedeutet werden. Jedoch wurde DDR-Justizminister Max Fechner, der sich

unter Hinweis auf das in der DDR-Verfassung garantierte Streikrecht für die Straffreiheit der Streikenden eingesetzt hatte, seines Amtes enthoben und seinerseits zu 8 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Teilnehmer des Aufstandes wurden zu verschiedenen Strafen, auch mehrjährigen Freiheitsstrafen und wenigen Todesstrafen verurteilt.

In den späten 1950-er Jahren wurden Prozesse gegen Intellektuelle der DDR, z.B. Rudolf Harich (1957: 10 Jahre), Walter Janka (1957: 5 Jahre) und Gustav Just (1957: 4 Jahre), geführt. Die Anklageschriften wurden von der Staatssicherheit entworfen, vom SED-Politbüro bestätigt und dann vom Generalstaatsanwalt beim Obersten Gericht der DDR eingereicht. Sodann sprachen die Abteilung Staats- und Rechtsfragen des ZK der SED, das Ministerium für Staatssicherheit und der Generalstaatsanwalt mit dem Vorsitzenden Richter des Obersten Gerichts der DDR den Ablauf der Verhandlung und das Urteil ab.

Teil II: Organe der sozialistischen Rechtspflege einschließlich ihrer Steuerung durch die SED

Die DDR-Justiz bestand aus Gerichten auf zentraler, Bezirks- und Kreisebene sowie aus sog. gesellschaftlichen Gerichten, die auf Betriebs- und Wohngebietsebene (Konflikt- bzw. Schiedskommissionen) mit Nichtjuristen besetzt waren. Die Gerichte bildeten keine unabhängige dritte Gewalt, sondern waren eingebunden in das System der „einheitlichen sozialistischen Staatsmacht". 1988 gab es in der DDR 1.329 Berufsrichter (Bundesrepublik: 17.627) und 590 Rechtsanwälte (Bundesrepublik: 54.107), aber auch 61.500 Laienrichter.

Richter wurden seit 1959 von den Volksvertretungen gewählt, ab 1963 für die Dauer einer Wahlperiode – ihnen fehlte damit die persönliche Unabhängigkeit. Richter, Staats- und Rechtsanwälte wurden getrennt ausgebildet. Marxistische Theorie nahm im juristischen Studium, das mit dem Grad des „Diplomjuristen" abschloss, einen wesentlichen Raum ein.

Das Oberste Gericht lenkte und überwachte die unteren Gerichte und gab dazu vertrauliche Leitlinien für die Bezirks- und Kreisgerichte heraus. Untere Gerichte hatten über Verfahren von besonderer Bedeutung vorab Meldungen nach oben zu geben und warteten regelmäßig Instruktionen für die spätere Entscheidung ab. Auf allen Ebenen fanden regelmäßige Beratungen der Gerichte mit der Staatsanwaltschaft und den örtlichen Partei- und Staatsorganen statt. Einzelne Verfahren wurden vom jeweiligen Gerichtsdirektor einzelnen Richtern zugeteilt oder wieder entzogen.

Teil III: DDR unter Honecker bis zur Vereinigung (1971 – 1990)

Auch in der späten DDR wurde die Justiz weiter zur Unterdrückung der Opposition und von Ausreisewilligen genutzt. In politischen Verfahren wurden die Ermittlungen vom Untersuchungsorgan der Staatssicherheit durchgeführt – hier gingen geheimdienstliche und strafprozessuale Ermittlungen ineinander über. Die auf solche Ermittlungen aufbauenden Gerichtsverfahren wurden nun nicht mehr als Schauprozesse, sondern regelmäßig unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Oppositionelle wurden regelmäßig wegen „staatsfeindlicher Hetze" bestraft – oft nach einer gewissen Zeit gegen Geldzahlung in die Bundesrepublik abgeschoben.

Auch am letzten Aufbäumen der Machthaber beteiligte sich die Justiz. Gegen Teilnehmer der Demonstrationen vom 3. bis 9. Oktober 1989 in Dresden ergingen noch 74 Verurteilungen mit Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, gegen Demonstranten vom 7. und 8. Oktober 1989 in Berlin 80 Strafbefehle.

Mahnende Worte
beim Auftakt in der Fachhochschule Westküste

„Verdrängen, Verklären des diktatorischen Systems der DDR verhindern“

„Vielleicht steht er ja eines Tages vor meiner Tür“, sinniert eine Frau. Ihr Sohn war in der DDR zur Adoption freigegeben worden, nachdem sie versucht hatte, aus dem einen Teil Deutschlands in den anderen zu flüchten. Eine „Erziehung im sozialistischen Sinn“ sei nicht mehr denkbar, hieß es in der Urteilsbegründung der ostdeutschen Richter. Nach einem kurzen Treffen 1991 zwischen Mutter und Sohn untersagten seine Adoptiveltern weitere Begegnungen. Schicksale wie diese trugen Schüler des elften und zwölften Jahrgangs des Heider Werner-Heisenberg-Gymnasiums zum Auftakt der Ausstellungsreihe „Im Namen des Volkes? – Über die Justiz im Staat der SED“ vor. Die Eröffnungsfeier fand im Audimax der Fachhochschule Westküste statt.

Wahre Kunstwerke: Mit verschiedenen Stilmitteln gestalteten die Schüler des Werner-Heisenberg-Gymnasiums ihre Ausstellungstafeln.

Die Wanderausstellung des Bundesministeriums der Justiz bildete die Kulisse für die Auftaktveranstaltung in Heide.

Von Studierenden bis zu hochrangigen Juristen aus Schleswig-Holstein – sie alle verfolgten die Premiere in der Fachhochschule Westküste.

Bei der Eröffnungsfeier in der Fachhochschule Westküste trugen Schüler des Berufsbildungszentrums bedrückende Fälle vor.

Dr. Klaus Bästlein, Jurist und Historiker, beschrieb, wie die Ausbildung der DDR-Juristen in die von SED und Stasi dominierte Justizpraxis mündete.

Den Gymnasiasten war anzumerken, dass ihnen die geschilderten Szenen zu Herzen gingen, oftmals stockte ihnen die Stimme – und das sicher nicht nur wegen der Aufregung vor dem großen Publikum. Dezidiert beschrieben sie eine zweite Zwangsadoption, die direkt aus dem Kofferraum des Fluchtautos an der Grenze vorgenommen wurde. In der Haft in einer Zelle ohne Decke, Fenster und Toilette wurde der Mutter nachts alle fünf Minuten das Licht an und aus geschaltet. Verlegungen in weitere Gefängnisse, sexuelle Übergriffe durch das Personal, Vergewaltigungen durch Mithäftlinge folgten. Heute ist sie psychisch schwer krank, hockt entgeistert vor tausend Seiten Stasi-Akten, die belegen, dass ihre Flucht ausgerechnet von dem Freund verraten wurde, zu dem sie in den Westen flüchten wollte. Die Schüler zitieren ungläubig staunend jene Stasi-Agenten, die den Sänger Wolf Biermann nach seinem Konzert in Köln denunzieren. Er habe „hetzerische, verleumderische" Liedeinführungen vorgetragen und aus seinen Texten beklagt, wonach die Erfinder der Mauer sich selbst eingemauert hätten.

Bemerkenswerte Vorträge junger Menschen, die damit vieles von dem aufleuchten ließen, was zuvor Dr. Helia-Verena Daubach, Richterin am Landgericht und Referentin des Bundesjustizamtes in Bonn, in ihrem Grußwort gelobt hatte: Die Einbindung von Schülern, die ihre eigenen Forschungs- und Recherche-Ergebnisse im Rahmen der

Repräsentativ konnten die Ausstellungen
im Foyer der Fachhochschule Westküste präsentiert werden.

von ihrem Haus verliehenen Wanderausstellung präsentieren können, „ist bundesweit absolut einmalig". Sie geben den Opfern des Unrechtsstaates eine Stimme, demonstrieren damit zugleich ihre eigene Wertschätzung unserer Rechtsordnung gegenüber – beides sei unerlässlich, um diese freiheitliche Rechtsordnung auch für die Zukunft zu sichern. „Der Rechtsstaat muss auch von allen gelebt werden, er wird nicht einfach geliefert". Sie hatte den Gästen der Eröffnungsfeier vor Augen geführt, dass die gültigen Verfassungen westlich und östlich der ehemaligen Zonengrenze durchaus ähnliche Grundsätze von der Unabhängigkeit der Richter formuliert hätten, aber völlig ins Gegenteil verkehrt gelebt worden seien. „Richter wollten und sollten den politischen Willen der SED durchsetzen." Sie habe bei den Vorgesprächen mit dem Stiftungsvorstand den „brennenden Eifer" gespürt, mit dem Klaus Steinschulte und Berndt Steincke für ihr Projekt geworben hätten – völlig zu Recht, weil nur Menschen, die den Wert der Demokratie verinnerlichten, diese auch für die Zukunft bewahren können.

Berndt Steincke, Vorstand der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung, machte an der „zunehmenden Verklärung der Verhältnisse in der ehemaligen DDR" deutlich, wie wichtig er diesen Veranstaltungszyklus findet. Die junge, jetzt herangewachsene Generation habe das Leben in dem Land nicht mehr selbst

Erinnerung an die Eröffnungsfeier mit (von links): Berndt Steincke, Dr. Hans-Dieter Ruge, Dr. Hanno Kirsch, Dr. Helia-Verena Daubach, Dr. Bernhard Flor und Dr. Klaus Bästlein.

miterlebt. Daher sei er besonders froh darüber, dass sich Lehrer und Schüler in Dithmarschen ans Werk gemacht und zahlreiche Projekte verwirklicht haben. Steincke rechnete vor, dass er zusammen mit seinem Vorstandskollegen und Freund Klaus Steinschulte, der im Herbst 2011 mitten in den Vorbereitungen für diese Veranstaltungen plötzlich verstorben war, in den vergangenen Jahren mit rund 20.000 Schülern in Kontakt gekommen sei.

Sehr persönliche Erinnerungen schilderte Justizstaatssekretär Michael Dölp anlässlich der Eröffnungsfeier. Im 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs habe er die Auflösung des obersten Gerichts der DDR miterlebt. Alle Richter und Mitarbeiter hätten „mit dem Grundlagenvertrag auf dem Schoß" Akten zu zahlreichen „Unrechtsverfahren" sichten müssen. Allein an der Länge der von den Gerichten beschlossenen Haft habe er erkennen können, wie unangemessen geurteilt worden war. Eltern hätten sich von ihren Kindern lossagen müssen, um nicht noch Schlimmeres zu riskieren. „Ich hatte noch nie so viele von Staats wegen verursachte persönliche Schicksale gelesen wie in diesen Akten." Die gerade zur Zeit der Ausstellungseröffnung wieder mal von politischer Seite diskutierte Frage, ob es sich bei der DDR um einen Unrechtsstaat gehandelt habe, wischte er darum auch gleich vom Tisch. „Die Frage ist abwegig, nicht ob, sondern warum" sie es gewesen ist, sollte debattiert werden – „und welche Rolle die Juristen dabei gespielt haben." Dölp bezog klar Stellung: „Es geht darum, einer Verharmlosung bei der Betrachtung der totalitären Systemverhältnisse in der ehemaligen DDR und einer entsprechenden Legendenbildung entgegenzuwirken. Ausstellungen wie diese helfen, das Verdrängen, Verklären oder Nichtverstehen des diktatorischen Systems der DDR gerade unter den Jüngeren zu verhindern. Wissenschaftliche Studien belegen nachdrücklich, wie notwendig das ist."

Wie Ost- und Westdeutschland so unterschiedliche Entwicklungen nach dem Weltkrieg nehmen konnten, skizzierte Dr. Klaus Bästlein, Historiker und Mitarbeiter der Stasi-Unterlagenbehörde, in seinem Festvortrag. Die DDR habe nur 20 Prozent ehemalige NS-Beamte in den Staatsdienst übernommen, was sie öffentlich als „demokratisch-antifaschistische Erneuerung" feierte. Im Westen seien hingegen 70 Prozent der Richter und Staatanwälte Mitglieder der NSDAP gewesen, in Schleswig-Holstein sogar noch mehr, vor allem durch die Flüchtlinge aus Ostpreußen und Hinterpommern. Ministerpräsident Karl-Heinz von Hassel habe sich dessen vor dem Landtag sogar gebrüstet.

Doch in der DDR habe es dem marxistisch-leninistischen Weltbild entsprochen, die Justiz der politischen Weltanschauung unterzuordnen. Der erste Justizminister der DDR, Max Fechner, habe daher auch gesagt: „Die Justiz ist – richtig betrachtet – nichts anderes als ein Zweig der Verwaltung." Schließlich seien durchweg alle Richter und Staatanwälte SED-Mitglieder geworden.

Seit den 60er Jahren hätten nur Kinder linientreuer Eltern Jura studieren dürfen. Doch je besser die Juristen-Ausbildung geworden sei, desto stärker sei auch die Distanz zum System geworden. Ein Richter sei allein deswegen sofort aus dem Dienst geworfen worden, weil er einem Angeklagten nicht verboten hat, den Aufkleber „Schwerter zu Pflugscharen" zu tragen. Der Fall sei in der Wanderausstellung des Bundesjustizamtes dokumentiert. Bästlein empfahl seinen Zuhörern, Inga Markowitz' Buch „Gerechtigkeit in Lyritz" zu lesen, das auf einem zehnjährigen Studium der Wismarer Gerichtsakten beruht. Die seien vollständig von 1945 bis 1990 erhalten geblieben.

Interviews im Bekannten- und Familienkreis

Schüler des BBZ-Dithmarschen im Gespräch mit Zeitzeugen

Einleitung

Schüler des BBZ-Dithmarschen haben sich im Gemeinschaftskundeunterricht mit der Justiz im Staat der DDR beschäftigt. Um sich in diese Thematik besser einfügen zu können, haben die Schüler in ihrem Bekannten- und Familienkreis Personen befragt, die die Zeit in der DDR hautnah miterlebt haben. Diese geschilderten Erlebnisse bieten reale Schilderungen und nachvollziehbare Emotionen. Bücher bieten leider nur eine neutrale Darstellung der damaligen Zeit, durch die Darlegung der Interviewpartner ist die Vorstellung von dem Leben in der DDR und den damaligen Verhältnissen greifbarer geworden und die Hintergründe der Handlungsmotive sind besser zu verstehen. Diese Interviews haben die Schüler gesammelt und zu einer Art Buch verarbeitet. Hier können nun die verschiedenen Eindrücke der Interviewpartner nachgelesen werden. Die Schüler hoffen, dass die Leser dieser Dokumentation die Begeisterung über die erlangten Eindrücke teilen können und eine bessere Sichtweise über das Leben in der DDR erlangen.

SchülerInnen des BBZ-Dithmarschen

Interview von Tristan Wolter mit Peter Spitzbarth

Herr Spitzbarth, berichten Sie mir bitte von Ihrer Vergangenheit in der DDR, Ihrem Kontakt zur Justiz in der DDR und dem weiteren Ablauf ihres Lebens!

Ich bin geboren im Jahr 1956 im Südharz in Sangerhausen, das lag im damaligen Bezirk Halle. Eigentlich nicht sehr lange nach dem Krieg. Die Bilder, das zerstörte Nordhausen, das habe ich immer noch im Kopf. Wenn wir nach Nordhausen ins Theater gefahren sind, sah man die zerstörte Gegend, die Ruinen. Aufgewachsen bin ich in Sangerhausen und habe da die Oberschule besucht, und mein Wunsch war es eigentlich immer, zur See zu fahren. Ich habe die 10. Klasse auch mit Erfolg beendet und habe mich dann bei der deutschen Reederei in Rostock beworben und hatte dann tatsächlich die Möglichkeit, dort anzufangen. Von über 5000 Bewerbern hatten sie 80 ausgesucht, die zur See fahren durften. Immer schon mit dem politischen Hintergrund, du durftest keine Verwandtschaft im Westen haben. Das war eine Grundvoraussetzung damals. Ich hatte Verwandtschaft, aber wir hatten definitiv keinen Kontakt. Über die Reederei kam man dann auch ins europäische Ausland.

Häfen von Hamburg, Amsterdam, Rotterdam, England, Frankreich bis runter nach Portugal und auch nach Afrika fuhren wir an. Ich war grade mal 16 Jahre alt. Aber dann kam es wie bei allen jungen Männern, denn es gab die Wehrpflicht ohne Wenn und Aber. Es gab keinen zivilen Dienst. Wenn man verweigerte, dann kam man in eine sogenannte Spartengruppe, das waren Menschen, die nicht mit der Waffe kämpfen wollten, aber deshalb auch erschwerte Bedingungen hatten. Ich war noch keine 18, da wurde ich gemustert. Wir mussten direkt vom Schiff beim Wehrkreiskommando in Rostock vorstellig werden. Wir waren alle ein halbes Jahr auf Reisen und wollten schnell nach Hause, deswegen haben wir da dann irgendwas unterschrieben, ohne das genau zu prüfen. So kam ich dann zur zweiten Musterung, dort hieß es: „Sie kommen drei Jahre zur Volksmarine." Da habe ich gesagt: „Nein, das mach ich nicht." Doch es hieß, ich müsse dahin gehen, „weil Sie dafür schließlich unterschrieben haben". Und ich wagte damals zu sagen, ich war schließlich noch nicht volljährig, „da müssen Sie erst das Einverständnis meiner Eltern einholen" und dann bekam ich mit, wie die wirklich drauf waren, mit welchem Ton die da mit einem umgesprungen sind. „Dann werden Sie schon sehen, was Sie davon haben, Herr Spitzbarth. Wir werden Sie schon hinstecken, wohin wir das wollen." Zu diesem Zeitpunkt hatte ich das erste Mal ein ungutes Gefühl. Dann kam es, wie es kommen musste. Ich wurde eingezogen zur Armee, und da ich zur See gefahren bin, hatte man wohl immer noch ein Vertrauen zu mir und ich kam an die grüne Grenze, und zwar an den Grenzübergangspunkt in Schießen. Ich war dann ein halbes Jahr in der Grundausbildung. Das war eine sehr harte Schule und nach dem halben Jahr kam ich dann an die Grenze. Dann kam ich in diese Scheißsituation, wo es hieß auf einmal „Grenzdurchbruch – alle Leute raus an den Kanten, so nannte man die Grenze damals, alle raus an den Kanten, um die Grenze abzusichern und im Notfall den Gegner, wie man damals sagte, aufzuhalten, nötigenfalls mit Schusswaffe, und da habe ich gesagt, das geht nicht, das kann ich nicht, ich kann nicht auf irgendwelche Leute schießen. Dann hieß es: „Ja, dann werden Sie gar nicht erst mit rausfahren. Sie bleiben dann hier, und am nächsten Tag musste ich zum Militärstaatsanwalt und wurde dann degradiert und musste ins Strafbatallion, das war eine sehr harte Zeit für mich. Und jetzt fang ich schon wieder an zu stocken. Das rührt da schon wieder dran. Da haben die gemacht mit einem, was sie wollten, und da war für mich klar, das System funktioniert so überhaupt nicht. Früher waren halt immer diese Kleinigkeiten, die Leute, die halt in der SED waren, die bekamen halt mehr Urlaub.

Sind Sie auch der SED beigetreten?

Nein, um Gottes Willen, ich war nicht in der SED. Bis ich dann gerufen wurde zu zwei Herren in ein Zimmer, die ganz abgeschottet saßen und nun fragten, wie es denn nun weiter gehen würde und ob ich denn noch zur See fahren würde? Ich wollte selbstverständlich zur See fahren, das war ja mein Beruf. „Das wird für Sie

nicht mehr möglich sein", hat man mir gesagt, „weil Sie sich für uns als nicht vertrauenswürdig erwiesen haben". Dann fragte ich erst mal nach, mit wem ich das denn zu tun hätte? Die beiden stellten sich vor vom Ministerium für Staatssicherheit, vom MFS. Die haben mir klipp und klar gesagt, „entweder Sie treten in die SED ein und arbeiten für uns oder Sie werden nicht mehr zur See fahren". Ich fragte, wie sie sich das vorstellen würden? „Wenn Sie an Bord wären, dann horchen Sie sich um und geben das dann unserem Kontaktmann an Bord weiter." Und das ist eine Geschichte, das haben immer alle gewusst. Es kann keiner behaupten, das nicht mitbekommen zu haben. Das gesamte System war infiltriert. Also jeder wusste, dass an Bord irgendwo Spitzel waren. Diese Spitzel waren in jedem Betrieb, in jedem Block, wo viele Leute wohnten, überall waren Zuträger, und das wusste auch jeder. Man konnte immer eruieren, wer denn einer war. Z.B. war es damals in Brunsbüttel so, dass nur einer von Bord gehen durfte während der Schleusenzeiten, der sich dort dann mit jemandem getroffen hat, um Informationen zu übermitteln. Das vermuteten wir zumindest. Um dann wieder anzuknüpfen, habe ich dann gesagt, „sind Sie schon mal zur See gefahren?" „Nein." „Stellen Sie sich vor, Sie sind ein halbes Jahr mit 28 Leuten an Bord und sollen da irgendjemanden aushorchen. Dann haben Sie kein gutes Leben mehr. Und ich kann mir das auch nicht vorstellen, irgendeinen Kameraden, mit dem ich unterwegs bin und durch dick und dünn gehe, auszuspitzeln. Das kommt für mich nicht in Frage." „Somit bekommen Sie ihr Seefahrtbuch nicht mehr und das Kapitel Seefahrt ist für Sie dann abgeschlossen." Dann hab ich zu den Beiden gesagt: „Das macht mich jetzt ein bisschen stutzig, das ist ja genau das gleiche, was wir aus der BRD kennen. Das Leute, die in der DKP sind oder in der Gewerkschaft, dass die Berufsverbot bekommen. Nichts anderes läuft doch hier auch ab." „Sie brauchen hier nicht mit uns zu diskutieren. Sehen Sie zu, wenn Sie hier mit der Armee fertig sind, dann holen Sie sich Ihre Sachen aus Rostock ab und dann brauchen Sie sich hier nie wieder blicken lassen." Und da wusste ich dann, dass es für mich vorbei war mit der Seefahrt. Ich bin dann in den Bergbau gegangen, weil ich wusste, dass man dort gut verdienen würde. Zu der Zeit lernte ich dann auch meine Frau kennen, die noch studierte. In der Straße, wo wir dann wohnten, da bekamen wir mit, dass dort eine Wohnung frei wurde, die vorher renoviert wurde, und da sind wir dann zum Amt gegangen und hatten schon mit den Vormietern gesprochen, die schon zusagten, dass wir in die Wohnung können. Dann bekamen wir aber Bescheid, dass die Wohnung doch vergeben sei und ich fragte nach, an wen sie vergeben sei und man hat mir gesagt, dass es mich nichts angehen würde. Ich fand aber heraus, dass der Nachmieter der Sohn eines Parteifunktionärs höheren Grades sei und somit war für mich die Sache dann klar. Es war einfach alles wieder da. Entweder du läufst mit oder du bist dagegen und, wenn du dagegen bist, dann hast du im Prinzip irgendwo verloren. Dann ging es aber weiter. Ich war ja, wie gesagt, im Bergbau und konnte mit einem Betriebsstipendium studieren, was auch sehr großzügig war und sehr

Auftakt im Berufsbildungszentrum Dithmarschen:
Die Schulleitung mit Peter Kruse (r.) und Hans Moutty (l.)
geben den Weg frei für die Schülerprojekte.
In deren Mittelpunkt standen Zeitzeugenbefragungen.

passend für mich war, dass Ingenieure knapp waren. Ich war nach dem Studium in Jena beschäftigt bei GFE Jena und habe da etliche Jahre gearbeitet. Dort gab es noch ein witziges Ereignis: Irgendwann fragte mich der Betriebsrat, ob ich nicht Interesse hätte in die Kampfgruppen der Arbeitergruppen mit einzutreten. Was nichts anderes war als eine paramilitärische Organisation neben den offiziellen Streitkräften hinterher. Somit nahm ich daran nicht teil.

Ein großer Missstand war außerdem, dass es wirklich viele super Geologen gab zu der Zeit, die aber nicht arbeiten durften, weil sie öffentlich ihre Meinung sagten, und so wurden die letztendlich niedergedrückt, und so haben etliche meiner gebildeten Kollegen auf dem Markt als Gemüsehändler gearbeitet. Selbst das war alles möglich, was mir letzten Endes ja nicht neu war. Was mich dann auch nicht überraschte, war, dass der Betriebsführer unseres Betriebes nach der Wende sich geoutet hat und tatsächlich auch zugab, dass er Oberstleutnant beim MFS war, also ein sehr hochrangiges Tier. Er hatte aber als Geologe nicht so den Durchblick, aber aufgrund seiner Parteizugehörigkeit hatte er halt diesen Posten dort inne, was aber keiner bis dahin wusste.

Und Sie hielten sich dann zurück, Ihre Meinung so frei zu äußern, um Ihren Posten behalten zu können?

Also dort lief eigentlich alles ein bisschen unter der Decke. Wir hatten auch die Aufgabe, jeden Montag einer politischen Sitzung beizuwohnen, die unser Abteilungsleiter führte. Dort wurde man dann über das Tagesgeschehen und die allgemeine politische Situation aufgeklärt. Gut, ich musste dann halt mitlaufen für die Wissenschaft auf der einen Seite und natürlich der großen Verantwortung gegenüber meiner Frau und meinem Kind. Dies lief auch so lange gut, bis man mich dann wieder zur Armee einzog, und da hatte ich das ganze Zeug dann wieder wie von vorne mit drauf. Die Parteiangehörigen der SED wurden wieder bevorzugt und wir kamen erst mal nicht mehr in den Urlaub für eine gewisse Zeit. Die Zeit ging dann auch vorbei und dann kam es ja schließlich zur Wende, die wurde ja eingeleitet mit diesen Demonstrationen. Man sagt zwar immer, dass die entscheidenden in Leipzig waren, aber das ist alles ein bisschen einseitig, denn die Montags- bzw. die Donnerstagsdemonstrationen in Jena, da liefen mit Sicherheit 50.000 bis 60.000 Leute mit. Das war schon sehr gewaltig. Man sah eben auch, wer bei der Stasi war, die dann nebenan standen und guckten, wer denn da mitlief, und so wurde man dann auch von denen begrüßt. Der Betrieb wurde dann von einem Investor aus dem Sauerland abgekauft für eine DM. Der Investor hatte letztendlich aber nur Interesse an den gut ausgestatteten Gebäuden und den Labors, die Mitarbeiter waren ihm eigentlich Schnurzpiepe. Nach so einem komischen Sozialplan, der vorsah, dass alle Jungen entlassen wurden und die Alten bleiben konnten. Und so bewarben wir

uns dann auf Stellen in Dithmarschen und wurden binnen vier Wochen auch beide fündig und zogen dann hier hoch. Was ich heute nicht verstehen kann, wenn ich nochmal mit alten Bekannten spreche, die in Jena blieben, unsere Freunde, die dann alles verteufeln und sagen, die im Westen, die wollen uns nur ausnehmen. In der DDR gab es auch keine Arbeitslosen, aber ich sag mal, das ist ja auch nur Augenwischerei, weil man die Arbeitslosen versteckt hielt. Die konnten sich zwar auch für ihre tägliche Flasche Geld aus dem Rathaus abholen, aber die mussten halt nachweisen, dass sie gearbeitet haben. Die Planwirtschaft der DDR hat sie letztendlich selbst pleite gemacht, da alles subventioniert wurde und sie dadurch irgendwann zahlungsunfähig wurde.

Wie beurteilen Sie den Einfluss der SED auf die Politik bzw. die Justiz?

Ja, wie gesagt, der Einfluss war tagtäglich spürbar. Das haben wir im Prinzip schon als Kinder und Jugendliche mitbekommen. In dem Moment, wenn es z.B. zu Wahlen ging. Da fuhren sie durch die Gegend und haben aufgerufen, zur Wahl zu gehen und haben den Block abgemeldet, der vielleicht schon komplett um 8 Uhr zur Wahl gegangen ist. Und dann war das Wahlergebnis irgendwo bei 98 %, 99 % für die SED und die Anderen, die Blockflöten, die CDU usw., was letztendlich ja nichts anderes als ein Anstrich dafür war, dass es irgendwo demokratisch war. Die anderen haben aber genauso nach der Pfeife der SED getanzt. Das war immer eine Phrase gewesen. Immer. Meine Eltern z.B. hatten immer jämmerliche Angst gehabt vor der ganzen Geschichte. Mein Vater war auch Ingenieur und war auch etliche Jahre in Mozambique und hat da geholfen die Leute zu schulen. Meine Eltern waren immer sehr ängstlich. Also dieser Einfluss von Politik damals, das war wirklich tagtäglich zu spüren.

Beurteilen Sie das System der Deutschen Demokratischen Republik als eher demokratisch oder eher diktatorisch?

Ja, eindeutig diktatorisch. Es hatte nur einer das Sagen, und was der gesagt hat, wurde dann auch durchgeführt. Nach der 10. bis 12. Klasse habe ich dann mitbekommen, dass das politische System letztendlich nichts anderes war als das, was der Nationalsozialismus gemacht hat. Es wurde ja alles gleichgeschaltet. Wir sind als Kinder, wenn wir in die Schule gekommen sind, irgendwelche Jungpioniere geworden, was ja zurzeit Adolfs die Pimpfe waren. Dann wurde man Thälmannpionier. Dann kam man in die FDJ (Freie deutsche Jugend), bei den Braunen hieß das Hitler-Jugend. Also, das war irgendwie alles ähnlich, nur einmal um 180 Grad gedreht. Auf der einen Seite war die braune Farbe und jetzt war die rote Farbe. Das kriegt man schon irgendwie mit, dass da schon alles gehändelt wurde. Es gab eben auch diese Jugendlager, und was weiß ich noch alles. Das ist mir wirklich schnell aufgefallen, dass es da wirklich so horrende Parallelen gab. Aber man hat letzten Endes auch nicht alles gewusst.

Da kann ich vielen Menschen nachfühlen, die den Nationalsozialismus durchlebt haben und sagen, dass sie vieles nicht gewusst haben. Ich wusste z.B. nicht, dass das Konzentrationslager in Buchenwald, dass das von der sowjet. Militäradministration genauso als Lager behalten wurde und dass man da dann halt auch missliche Gegner eingesperrt hat. Aber als Kind hatte ich eigentlich eine glückliche, unbeschwerte Kindheit. Tolle Eltern. Ich hatte auch eine tolle Schulzeit. Schule hat wirklich richtig Spaß gemacht in der DDR.

Gibt es Dinge aus der DDR,
die Sie als positiv sehen und man heute möglicherweise übernehmen sollte?

Vieles zu übernehmen gibt's eigentlich nicht. Das einzige, was wahrscheinlich richtig gut war, ist das System der Schule. Man ist frühzeitig in die Sprachen gegangen, Englisch und Russisch. Und ab der 7. Klasse hatte man dann den polytechnischen Unterricht, bei dem man dann schon die heutigen Praktika hatte. Und somit fiel es uns viel einfacher, uns zu entscheiden, in welche berufliche Richtung wir gehen möchten, was ja heute bei vielen Jugendlichen ein großes Problem darstellt. Das fand ich richtig toll. Außerdem muss man sagen, dass man kostengünstige Schulspeisung hatte, so dass jedes Kind ein warmes Mittagessen hatte. Das waren so Sachen, die subventioniert wurden. Jedes Kind hatte damals einen Krippenplatz. Kindergartenplätze und Krippenplätze waren kostenlos, somit war es für eine Mutter kein Problem wieder arbeiten zu gehen.

Wie lautet Ihr Fazit zu dem genannten?

Wir wussten damals, wenn wir nicht mitmachen, dann kommen wir nach Bautzen. Dort war das Stasigefängnis. Aber dass es diese Gefängnisse eigentlich überall gab, auch in Jena, das wussten wir nicht. Und die ganze Gesellschaft war halt infiltriert, und sie hatten überall ihre Spitzel gehabt. Und auch unsere vermeintlich besten Freunde waren Spitzel. Also, das war eine ganz brutale Geschichte, die da gelaufen ist, besonders in den Gefängnissen, und somit ist es auf jeden Fall als diktatorisches System zu titulieren. Es hatte mit Demokratie nicht mehr zu tun als das, was im Namen stand. Wer sich damals also gegen das System stellte, hatte eindeutig ein schweres Leben und musste mit den Konsequenzen leben. Bei mir ging es eigentlich noch recht glimpflich aus. Mit dem Verlust des Berufs konnte man grad noch leben. Bei anderen Leuten, die in die Gefängnisse gekommen waren, die hatten da schon andere Probleme, oder denen man die Kinder weggenommen hatte, und es Zwangsadoptionen gab. Aber das hatte man damals auch nicht mitbekommen, das kam erst nach der Wende raus. Das war ja letztendlich Justiz, die da gehandelt hat. Justiz, die als Apparat des Staates und des Systems diente.

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, Herr Spitzbarth.
Für die Schule mache ich so etwas immer gerne.

Interview mit Herrn X

Abgehört, verraten und eingesperrt. Die Methoden der Stasi waren grausam. Mit mehr als 90.440 hauptamtlichen und noch mehr informellen Mitarbeitern bildete das MfS den größten geheimdienstlichen Apparat der Weltgeschichte.

Die Stasi ging zu weit. Die Menschen wurden ständig überwacht, so weit gehend, dass Privatsphäre nicht mehr zu existieren schien. Alles wurde überprüft, protokolliert. Jeder Schritt, jede Aktivität, jedes Treffen. Niemand war sicher vor der Stasi. Freunde, Bekannte und selbst eigene Familienmitglieder wurden zu Gegnern. Ein Leben in Angst und Schrecken. Angst vor nicht akzeptablen Äußerungen, vor falschen Tätigkeiten und sogar vor falschem Denken. Angst, Fehler zu begehen, und beging man einen, so wusste die Stasi schon Bescheid, bevor man seinen Fehler realisieren konnte.

Auch Herr X war Opfer der Stasi. Auch er wurde Opfer einer Gewalt, die jegliche Dimensionen überschritt. „Gefangener" der Justiz.

Herr X, wieso wurde die Stasi auf Sie aufmerksam?

Meine Gründe waren Ausreiseanträge. Dazu muss ich erläutern, dass ich mit meiner damaligen Lebensgefährtin und unserer gemeinsamen Tochter im Osten lebte. Meine Eltern jedoch im Westen. Und wie es halt ist, wollten wir damals das eine oder andere Mal meine Eltern besuchen. Zum einen, da unsere Tochter ihre Großeltern kennen lernen sollte und natürlich auch meine Lebensgefährtin ihre Schwiegereltern. Die Ausreiseanträge hatten wir schon 1984 angefangen zu stellen, jedoch jedes Mal ohne jeglichen Erfolg. Deshalb habe ich mich damals in der westdeutschen Botschaft in Prag über Reisemöglichkeiten in den Westen informiert und mir Rat geholt.

Wie reagierte die Stasi auf Ihre Ausreiseanträge und dann natürlich auch noch auf Ihre Informationseinholung in einer westdeutschen Botschaft?

Ja, der Stasi war dies natürlich ein Dorn im Auge. Ich wurde damals festgenommen. Aus irgendeinem Grund haben sie wohl geglaubt, ich würde Ausreiseanträge stellen, um vielleicht etwas zu schmuggeln oder für immer aus dem Osten zu fliehen. Wie jeder Häftling der Stasi, hatte ich einen Untersuchungsführer. Ein unausstehlicher Mensch, er hat damals alles Erdenkliche versucht, um mir etwas „in die Schuhe zu schieben". Alle protokollierten Informationen versuchte er so auszulegen, um sie gegen mich zu verwenden. Angebliche Vergehen wurden so ausgelegt und passend gemacht, dass ich so verurteilt werden konnte. Mein Untersuchungsführer wollte mir akribisch eine Straftat nachweisen. Für eine Straftat fehlten ihm jedoch die Beweise. Die holte er sich jedoch durch Verhöre. Ziel dieser war es nämlich, die Häftlinge oder die Familienmitglieder gegenseitig auszuspielen und dazuzubringen, den jeweils anderen zu verraten. Außerdem hat die Stasi versucht, mir banale Vorgänge juristisch anzuhängen, um mich so zu verurteilen.

Was meinen Sie genau mit „banale Vorgänge juristisch anhängen"?
Hätten Sie dafür vielleicht ein konkretes Beispiel?

Zum Beispiel, das Begehen der Botschaft damals wurde von der Stasi als „Behinderung staatlicher Stellen der DDR" ausgelegt. Oder auch, dass ich meinen Vater darum gebeten habe, Unterstützung einer westlichen Rechtsanwältin einzuholen, wurde als „landesverräterische Agententätigkeit" ausgelegt. Die Stasi hat die Tatsachen so ausgelegt, dass es zu einer Verurteilung kommen kann, dass das eigentlich alles Unsinn war, hat Richter und höhere Instanzen nicht interessiert.

Herr X, Sie sprachen von Verhören. Können Sie sich noch an Ihre Verhöre erinnern?
Wie waren diese für Sie?

Schrecklich! Das weiß ich noch ganz genau. Das war mein erster Tag in Haft, an diesem Tag hatte ich mein erstes Verhör. 15 Stunden. Ganze 15 Stunden Fragen über Fragen, zwischendurch mal vielleicht eine kleine Pause, aber eher selten. Ich war erschöpft. Ich weiß nicht mehr genau alles. Aber die Protokolle dieses Verhörs besitze ich noch, jedoch geben auch die Unterlagen nur einen Bruchteil von dem wieder. Aber da waren ständig unterdrucksetzende Aussagen vom Untersuchungsführer. „Erklären Sie das!" oder „Sie haben hier nichts zu verweigern!" und auch einschüchternde Drohungen wie „Sie werden die Konsequenzen schon spüren." Laut Protokoll muss es kurz vor Mitternacht gewesen sein, als ich gestanden habe. Ich weiß das gar nicht mehr genau, mein Zeitempfinden war zu dieser Zeit total erloschen.

Sie sprachen gerade von „gestanden".
Sie waren doch unschuldig und haben gar nichts verbrochen.

War ich auch, aber der Untersuchungsführer hatte mir gedroht, meiner Familie zu schaden. Also meine Lebensgefährtin auch einzusperren und unsere Tochter ins Heim zu stecken. Ich wollte meine Familie vor solch einer Erfahrung bewahren, wollte sie schützen.

Das war seine letzte Option, ich meine, schon 14 Stunden waren verstrichen, in denen er auf mich eingeredet hatte ohne Resultat. Ihm blieb quasi nichts anderes übrig, als mir mit meiner Familie zu drohen, um an sein Ziel zu gelangen. Nun ja, und als er mir damit drohte, gestand ich alles. Alles, was die Stasi mir vorwarf. Ich unterschrieb ein vorgefertigtes Geständnis. Mein Urteil: Aufgrund von ungesetzlicher Verbindungsaufnahme zwei Jahre und drei Monate Haft. UNSCHULDIG!

Ein Untersuchungsführer der Stasi hat alles Mögliche versucht, um mich unschuldig in Haft zu bringen. Ein Mitmensch, ein ganz normaler Bürger wie ich, nur mit dem einzigen Unterschied, dass er sich der Stasi verpflichtet fühlte. Wie kann man sich so ein Verhalten erklären? Ich habe wirklich lange Zeit gebraucht, Mitmenschen zu vertrauen und das Gute in ihnen zu sehen. Enttäuscht war ich später nach der

Wende, ich hatte nämlich versucht, juristische Schritte gegen diesen Untersuchungsführer einzuleiten, jedoch ohne jeglichen Erfolg. Und da stellt sich für mich die Frage, wie kann das sein, dass wir in einer Demokratie leben und so eine Person nicht für sein fehlerhaftes Verhalten bestraft wird!

Interview mit Frau X

Sie sind aufgewachsen in der DDR. Wir würden Sie im Folgenden gerne einiges zu dem Leben, speziell zu Ihrem Leben und dem Ihrer Familie, befragen. Erstmal möchten wir Sie bitten, uns kurz zu erzählen, wie Sie in der DDR aufgewachsen sind.

Ich bin im Jahre 1953 in der DDR, genauer gesagt in Potsdam, geboren. Also war ich 1989, im Jahr des Mauerfalls, 36 Jahre alt gewesen.

Sie sind in der DDR aufgewachsen, meinten Sie soeben.
Wie haben Sie den Kommunismus wahrgenommen?

Hmm . . . Ich bin bei dieser Frage sehr geteilter Meinung. Einiges war eher gut, anderes eher nicht. Es herrschte dort keine Arbeitslosigkeit, die staatliche Kinderbetreuung, und auch das Bildungssystem war in der DDR sehr gut aufgebaut. Leicht zu erwerben waren Nahrungsmittel, zumindest die Grundnahrungsmittel wie Brot oder Brötchen. Diese waren auch sehr preisgünstig. Früchte wie Bananen gab es nur selten. Wenn es mal welche gab, kauften viele Menschen sie. Diese exotischen Früchte waren um einiges teurer als die Grundnahrungsmittel.

Wie sah denn der Erwerb von technischen Artikeln in der DDR aus?

Wenn man technische Produkte kaufen wollte, musste man auch längere Wartezeiten und hohe Preise einplanen. Bei Autos gab es sogar Wartezeiten von etwa 10 bis 15 Jahren. Wir haben auf unser Auto fast 14 Jahre gewartet.

Sie meinten gerade, dass solche Produkte sehr teuer waren und man auf diese auch länger warten musste. Gab es denn etwas, was verboten war und wo man schnell rankam?

Nein, nicht immer bzw. es war alles verboten, was mit dem Westen zu tun hatte. Am Anfang hörten wir noch den Westrundfunk und schrieben Briefe an unsere Verwandten. Doch das hat die Stasi herausgefunden, und somit fingen sie an, uns zu überwachen. Es dauerte eine ganze Weile, bis wir das herausgefunden haben, aber als meine Mutter von denen verhört wurde und zugegeben hat, dass wir Briefe an unsere Verwandten in den Westen schrieben, kam sie ins Gefängnis. Und uns war klar, dass wir weiter abgehorcht werden.

Was war das für ein Gefühl zu wissen, abgehorcht zu werden?

Es war ein schreckliches Gefühl. Egal wo meine Familie und ich waren, wir hatten immer das Gefühl, nicht allein zu sein. Wir mussten aufpassen, wie wir uns verhalten

und worüber wir sprechen. Über unsere Verwandten im Westen konnten wir natürlich nun nicht mehr sprechen, sonst käme gleich der Verdacht auf, dass wir weiter Kontakt zu denen hätten. Diesen Verdacht wollten wir natürlich vermeiden.

Und wie habt ihr euch weiter verhalten?

Es war sehr schwierig, sich richtig zu verhalten. Offiziellen Kontakt konnten wir zu unserer Familie nicht mehr haben, jedoch gab es den einen oder anderen Informanten, der Briefe von uns zu denen schmuggelte. Es war sehr riskant, aber es klappte. Waren nicht viele Briefe, nur drei oder vier, aber es klappte. Sonst blieben wir in der DDR und stellten den Westrundfunk ein. In der DDR gab es verschiedene kleine Läden, in denen man Klamotten aus dem Westen ganz legal kaufen konnte. Die Jeans sahen einfach besser aus und somit kaufte ich hin und wieder eine, jedoch wurde ich genau deswegen eingesperrt. Deren Begründung war, dass wir gar keinen Kontakt in den Westen haben durften und somit auch nicht diese Jeans tragen durften. Ganz häufig schlossen sie auch die Westläden.

Wie habt ihr es geschafft, die Briefe in den Westen zu schmuggeln?
Und welche Bestrafung bekamen die Inhaber aus den Westgeschäften?

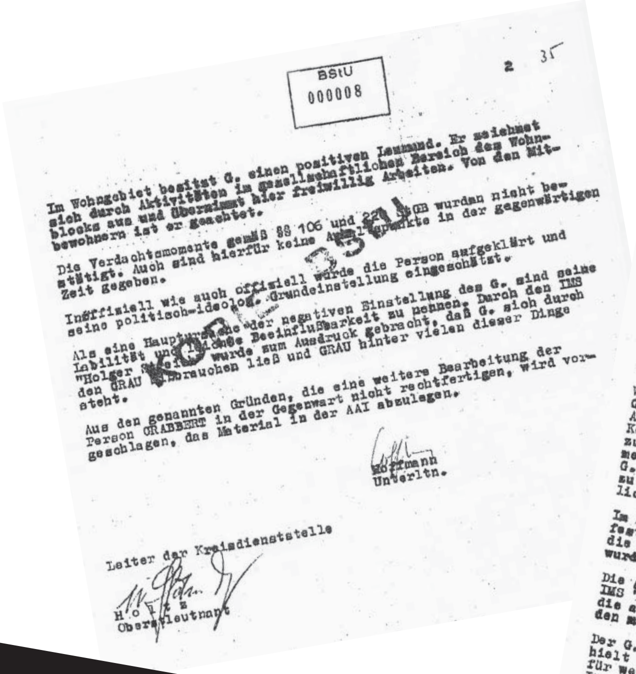
Das war zuerst gar nicht so einfach, doch dann klappte es ganz gut. Ein Buchautor hat die Briefe mit der Schreibmaschine in den Westen geschmuggelt. Uns war das einfach zu riskant, und wir wollten nicht riskieren, auch ins Gefängnis zu kommen. Es reichte uns, dass unsere Mutter im Gefängnis saß. Die Ladeninhaber bekamen alle, soweit ich weiß, auch Gefängnisstrafen … mehr wusste ich auch nicht.

Sie erzählten vorhin, dass Sie und Ihre Familie überwacht wurden.
Was hatte das für Konsequenzen für Sie und Ihre Familie?

Es war schrecklich. Wir fühlten uns immer beobachtet, was ja auch der Fall war. Wir hatten Angst uns frei zu bewegen. Als die Mauer endlich fiel und es nun ein vereintes Deutschland wurde, mussten wir vieles neu erlernen. Wir mussten lernen, Menschen wieder zu vertrauen. Selbst meiner eigenen Familie konnte ich nicht ganz vertrauen, schließlich hätten die mich auch beobachten können. Aber auch mich frei zu bewegen, musste ich wieder neu erlernen. Beim Einkaufen schaute ich mich immer wieder um, ob mir jemand folgte und ob ich beobachtet wurde. Auch telefonieren traute ich mich nicht, denn es hätte ja abgehört werden können. Es dauerte über zwei Jahre, bis ich verstanden habe, dass dieser Skrupel endlich vorbei ist und ich mich frei bewegen konnte und den anderen Menschen um mich herum vertraute.

Sie waren also ziemlich unzufrieden, haben Sie jemals über Flucht nachgedacht?

Natürlich habe ich mit dem Teil meiner Familie, mit der ich in der DDR lebte, über Flucht nachgedacht, da wir mit der Situation im Osten nicht zufrieden waren und



BStU 000008

2 35

Im Wohngebiet besitzt G. einen positiven Leumund. Er zeichnet sich durch Aktivitäten im gesellschaftlichen Bereich des Wohnblocks aus und übernimmt hier freiwillig Arbeiten. Von den Mitbewohnern ist er geachtet.

Die Verdachtsmomente gemäß §§ 106 und 220 StGB wurden nicht bestätigt. Auch sind hierfür keine Anhaltspunkte in der gegenwärtigen Zeit gegeben.

Inoffiziell wie auch offiziell wurde die Person aufgeklärt und seine politisch-ideolog. Grundeinstellung eingeschätzt.

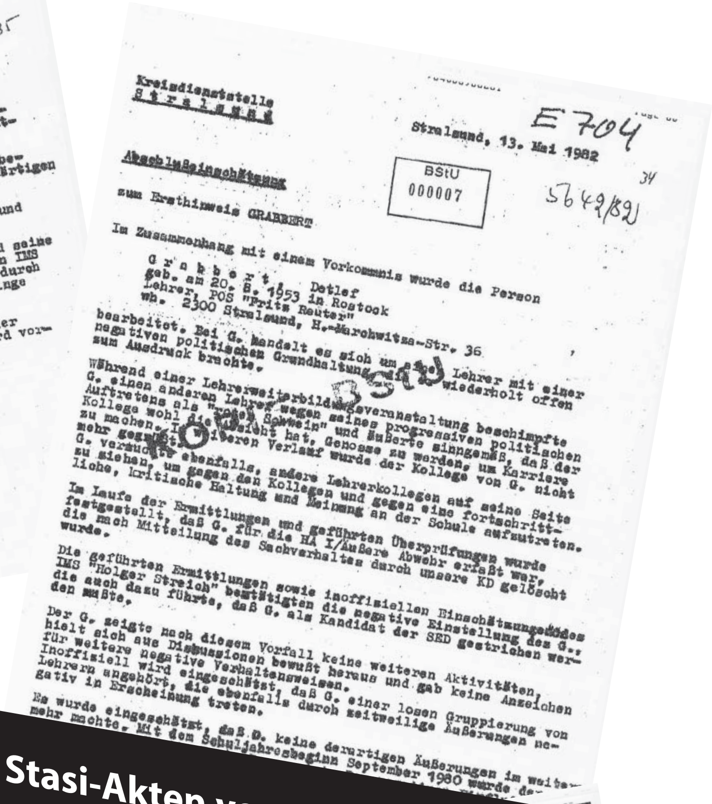
Als eine Hauptursache der negativen Einstellung des G. sind seine Labilität und leichte Beeinflußbarkeit zu nennen. Durch den IMS "Holger Streich" wurde zum Ausdruck gebracht, daß G. sich durch den GRAU mißbrauchen ließ und GRAU hinter vielen dieser Dinge steht.

Aus den genannten Gründen, die eine weitere Bearbeitung der Person GRABBERT in der Gegenwart nicht rechtfertigen, wird vorgeschlagen, das Material in der AAI abzulegen.

Hoffmann
Unterltn.

Leiter der Kreisdienststelle

Höltz
Oberstleutnant



Kreisdienststelle
Stralsund

Stralsund, 13. Mai 1982

E 704

BStU 000007

34

5649/82

Abschlußeinschätzung

zum Ersthinweis GRABBERT

Im Zusammenhang mit einem Vorkommnis wurde die Person

G r a b b e r t , Detlef
geb. am 20. 8. 1953 in Rostock
Lehrer, POS "Fritz Reuter"
wh. 2300 Stralsund, H.-Marchwitza-Str. 36

bearbeitet. Bei G. handelt es sich um einen Lehrer mit einer negativen politischen Grundhaltung, die er wiederholt offen zum Ausdruck brachte.

Während einer Lehrerweiterbildungsveranstaltung beschimpfte G. einen anderen Lehrer wegen seines progressiven politischen Auftretens als "rotes Schwein" und äußerte sinngemäß, daß der Kollege wohl die Absicht hat, Genosse zu werden, um Karriere zu machen. Im weiteren Verlauf wurde der Kollege von G. nicht mehr gegrüßt. G. versuchte ebenfalls, andere Lehrerkollegen auf seine Seite zu ziehen, um gegen den Kollegen und gegen eine fortschrittliche, kritische Haltung und Meinung an der Schule aufzutreten.

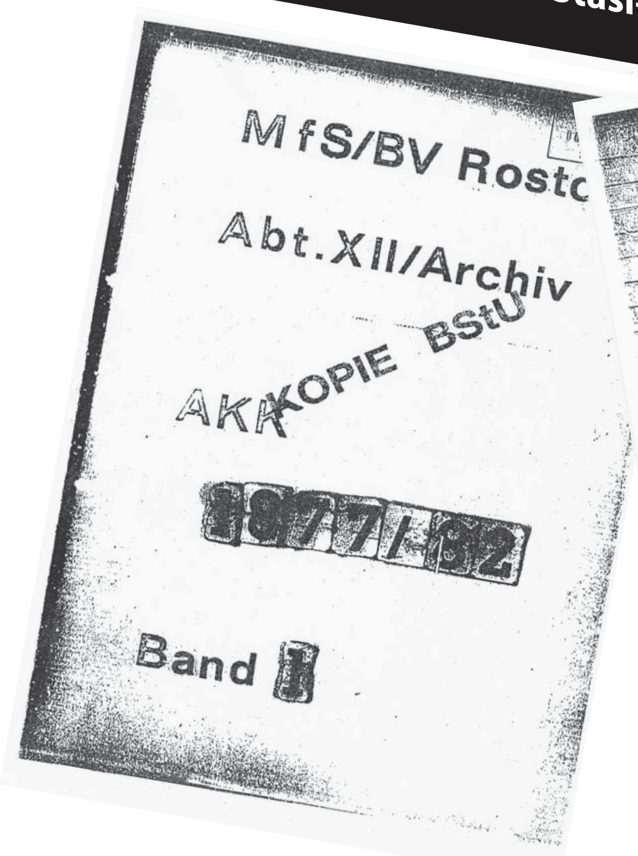
Im Laufe der Ermittlungen und geführten Überprüfungen wurde festgestellt, daß G. für die HA I/Äußere Abwehr erfaßt war, die nach Mitteilung des Sachverhaltes durch unsere KD gelöscht wurde.

Die geführten Ermittlungen sowie inoffiziellen Einschätzungen des IMS "Holger Streich" bestätigten die negative Einstellung des G., die auch dazu führte, daß G. als Kandidat der SED gestrichen werden mußte.

Der G. zeigte nach diesem Vorfall keine weiteren Aktivitäten, hielt sich aus Diskussionen bewußt heraus und gab keine Anzeichen für weitere negative Verhaltensweisen.
Inoffiziell wird eingeschätzt, daß G. einer losen Gruppierung von Lehrern angehört, die ebenfalls durch zeitweilige Äußerungen negativ in Erscheinung treten.

Es wurde eingeschätzt, daß G. keine derartigen Äußerungen im weiteren mehr machte. Mit dem Schuljahresbeginn September 1980 wurde der ...

Kopien aus den Stasi-Akten von Herrn G.



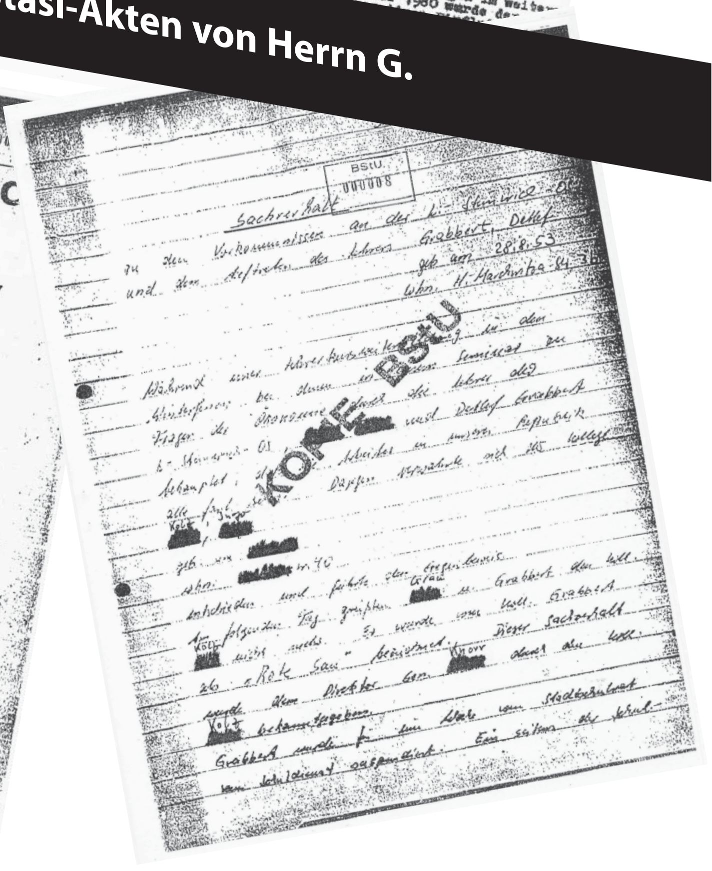
MfS/BV Rostoc

Abt. XII/Archiv

AKK KOPIE BStU

1877/82

Band 1



BStU 000008

Sachverhalt

zu den Vorkommnissen an der ... und dem Auftreten des Lehrers Grabbert, Detlef
geb. am 28.8.53
Whn. H.-Marchwitza-Str. 36

Während einer Lehrerweiterbildung in den Winterferien bei einem Seminar ... Ökonomie ... [redacted] und Detlef Grabbert ...

wir wollten auch unsere Verwandten im Westen wiedersehen. Doch wir haben gewusst, dass eine Flucht nahezu unmöglich war. Zwar hat die Regierung versucht, die Todesfälle am Grenzstreifen für sich zu behalten. Ab und zu sind doch einige Nachrichten zu uns hindurch gedrungen. Unsere Nachbarn sind auch geflohen, sie haben uns vorher einen Brief hinterlassen, kurz bevor sie geflüchtet sind, um uns über ihre Flucht zu berichten. Sie hatten ihn kurz vorher eingesteckt, aus Angst wir würden sie verpfeifen, denn auch sie konnten uns nicht vertrauen . . . Wir haben nie etwas wieder von ihnen gehört . . .

Das tut uns leid. Abschließend möchten wir Sie jedoch nochmals fragen, Frau X, ob Sie den Wunsch nach einer neuen DDR haben?

Nein, ich bin froh, dass es ein geteiltes Deutschland nicht mehr gibt. Es war schrecklich, von der Familie, die im Westen lebte, getrennt zu sein. Zusätzlich mussten wir in ständiger Angst leben, beobachtet und verfolgt zu werden, aber auch Angst davor, sich falsch zu verhalten. In der DDR waren wir keine freien Menschen.

Erlebnisbericht von Herrn G.

Ich kann als Zeitzeuge etwas über das Berufsverbot und damit verbundene Stasiermittlungen sagen. Ich war 1980 Betroffener und habe mich bloß mit einem Rechtsanwalt (5 Wochen vor Pensionsbeginn – sonst hätte er den „Fall" wohl nicht angefasst!?) wieder in den Schuldienst geklagt.

Mein Chef, der Direktor, sagte mir, ich sollte der SED beitreten. Da ich dies aber nicht wollte, war ich am nächsten Tag sofort vom Dienst suspendiert. Und das war ja schon wirklich existenzbedrohlich in dieser Zeit. Auch wenn man sich damals bewusst sein musste, dass man als Staatsbediensteter natürlich gewisse Regeln einzuhalten hatte.

In meiner Schule, wo ich gearbeitet habe, gab es 24 Lehrer. 6 Mann davon waren heimlich und inoffiziell in der Stasi. Niemand wusste was davon, und ich hätte es auch niemals geahnt. Und da ich dann keinen Job mehr hatte, habe ich mir einen Anwalt genommen, der mich aus dieser überlebensbedrohlichen Lage holen sollte.

Ich habe später meine Stasi-Akte eingesehen und war tief erschrocken. Es ist nicht zu glauben, ja fast unmenschlich, was über mich geschrieben wurde. Man wurde bespitzelt, heute würde man darüber lachen. Ich bekam zudem ein Berufsverbot, weil ich nicht systemkonform war.

Der Rechtsanwalt hat mich dann wieder kurz vor seinem Pensionsbeginn in den Schuldienst geklagt, was einfach meine Rettung in letzter Sekunde war.

Ein Buch-Tipp zum Schluss:
„Die unsichtbare Grenze – Flucht über die Ostsee".

Interview mit Frau B

Gesprochen wurde mit einer 54-jährigen Frau, die zur Zeit der DDR als Chefsekretärin in einer Mikroelektronik-Firma in Thüringen gearbeitet hat. Hier wird das Gespräch mit dieser Frau schriftlich festgehalten, um die Erlebnisse und Ereignisse mit der heutigen Gesellschaft teilen zu können und diese weiterzugeben.

Also Frau B., welche Erfahrungen haben Sie mit der Stasi während Ihrer Zeit als Chefsekretärin gemacht? Woran können Sie sich noch gut erinnern?

Hallo erst einmal. Also, wie bereits erwähnt, war ich früher Chefsekretärin in einer Firma, die Mikroelektronik hergestellt hat. Woran ich mich noch besonders gut erinnern kann ist, dass direkt neben dem Chefsekretariat das Zimmer des Mitarbeiters des MfS, also des Ministeriums für Staatssicherheit, war. An den Namen kann ich mich allerdings nicht mehr erinnern.

Allerdings erinnere ich mich auch daran, dass es hin und wieder passierte, dass die Sekretärinnen einen ganzen Tag in einen fensterlosen Raum gebracht wurden, wo sie – unter anderem auch ich selbst – Briefe und Dokumente für das Ministerium schreiben mussten. Das besondere dabei war, dass die Briefe noch auf den alten Schreibmaschinen geschrieben werden mussten. Man stand also ziemlich unter Druck, da man keine Fehler machen durfte – ansonsten hätte man alles noch einmal schreiben müssen. Die Fehler konnte man schließlich nicht einfach löschen! Sobald der Buchstabe getippt war, stand er auch auf dem Papier.

Auch wurde nach jedem fertig getippten Blatt das Kohlepapier und das Farbband aus der Schreibmaschine herausgenommen und vernichtet, denn nach dem es geschrieben war, durfte außer dem Stasi-Mitarbeiter und der Sekretärin keiner wissen, was geschrieben worden war.

Aufgrund dessen, dass das Ministerium für Staatssicherheit so viel Einfluss hatte, polizeilich und staatsanwaltlich, kam keiner auf die Idee weiterzugeben, was in dem Brief steht, den man schreiben musste. Zur Sicherheit wurden die Sekretäre, die geschrieben hatten, auch erst nach allen anderen nach Hause gelassen. Erst am späten Abend wurden wir raus gelassen. Das war so das, was ich direkt mit einem Stasi-Mitarbeiter zu tun hatte.

Aber auch im Privatleben stieß man häufig an seine Grenzen, denn auch bei Hochzeiten musste man eine genaue Auflistung der Gäste fertig machen für das Ministerium. Gerade deshalb gab es schließlich sehr viel Streit in unserer Familie, denn meine Schwester hatte ohne das Einverständnis und ohne das Wissen von mir oder meinem Mann noch ein paar Leute zur Hochzeit mitgebracht. Das wiederum wäre ein „schwarzer Punkt“ in der Stasi-Akte gewesen. Schwarze Punkte wollte natürlich keiner haben, weshalb mein Mann und ich eine ganze Zeit lang die Vorwürfe

von Freunden und Verwandten auf uns nehmen mussten, obwohl wir selbst von den Fremden auf der Hochzeit nichts gewusst haben.

Außerdem kam auch noch dazu, dass auch mein Mann direkt unter der Überwachung der Stasi war, denn er war Hauptmann der NVA, der Nationalen Volksarmee. Als Hauptmann gehörte er zu den Offizieren, und unter ihnen gab es auch solche, die als FO (gesprochen F Null) bezeichnet wurden. Sie waren diejenigen, die Informationen über ihre Mitarbeiter und Untergebenen an die Stasi weitergaben – man kann schon sagen, dass diese Leute Spitzel waren.

Das erinnert mich daran, was ich auch noch in meiner damaligen Firma erlebt habe. Denn zum Teil bekam man auch Angebote von der Stasi, für diese zu arbeiten. Ich selbst habe auch ein solches Angebot bekommen.

Auch Entscheidungen, welche die Firma betrafen, durften nicht ohne Zustimmung des Stasi-Mitarbeiters getroffen werden. Auch wenn diese Entscheidungen nichts Politisches beinhalteten, musste immer der Stasi-Mitarbeiter benachrichtigt werden, und dieser musste auch an den Terminen für die Entscheidungen teilnehmen, um diese Versammlung zu überwachen.

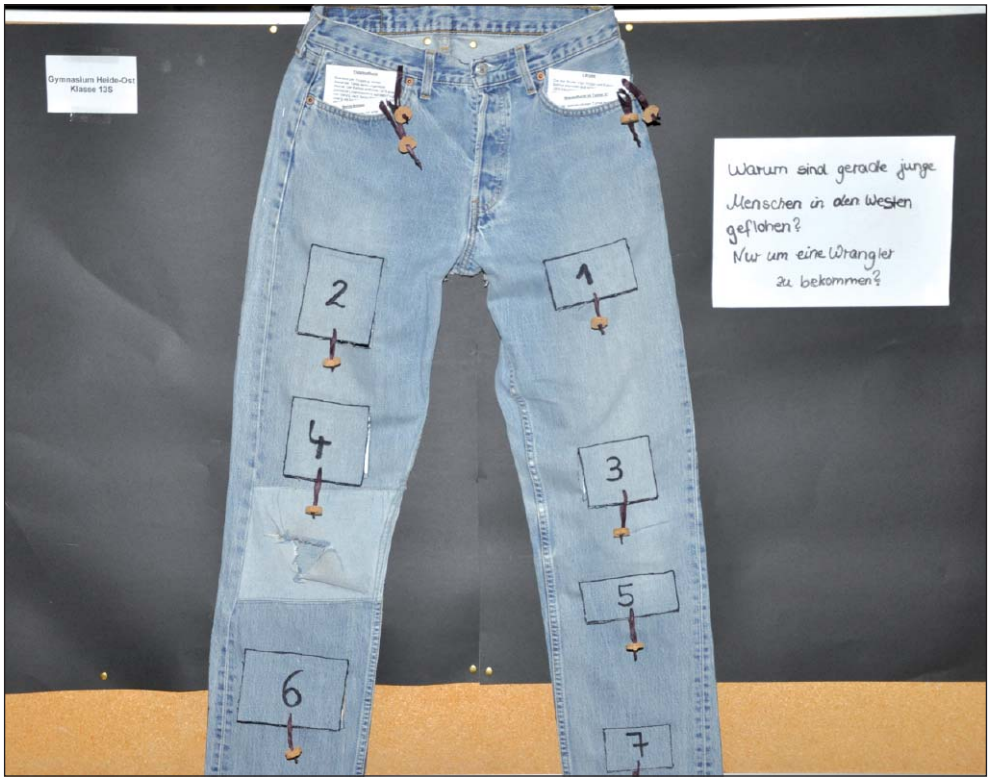
Ich hoffe, ich konnte euch damit ein wenig helfen. Es hat mich sehr gefreut, euch ein wenig darüber erzählen zu können.

Ausstellungsprojekt von Schülern der 13 S des GHO

Flucht in den Westen – nur um eine Wrangler zu bekommen?

Sie war eines der Symbole für die Freiheit im Westen: Die Original Wrangler Jeans – oder ihre Kopien unter anderem Markennamen. Die Freiheit, sich so zu kleiden, wie es einem persönlich lieb ist. Sie stand im Osten wie im Westen Deutschlands für Jahre auch für die Opposition der Jungen gegen die Alten, bis ihre Eltern sich selbst damit kleideten.

Eine Gruppe der Klasse 13S des Gymnasiums Heide-Ost „nähte" die Geschichte der Wrangler neu und stellte sie für die Ausstellung der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in der Fachhochschule Westküste in einen engen Zusammenhang mit Berichten über Fluchtversuche. Provozierend fragten sie: „Warum sind gerade junge



Die Jeans:
Wie so vieles wurde auch sie zum Symbol der Freiheit im Westen.

Menschen in den Westen geflohen? Nur um eine Wrangler zu bekommen?“ Die Banalität der Frage macht überdeutlich: Nein, ganz sicher nicht allein wegen eines solchen Konsumprodukts. Vielmehr, weil die Menschen es nicht mehr aushalten konnten, gefangen im eigenen Land zu sein, auf Schritt und Tritt beobachtet und bespitzelt zu werden.

Die Schüler stopften in die Taschen der Hose die vielen Berichte über Republikflucht, gelungene und gescheiterte. Und weil die vorhandenen Taschen gar nicht ausreichten, trennten sie die Hosenbeine auf und nähten dort weitere Taschen an für ihre Fundstücke in der Grenz-Geschichte der ehemaligen DDR. So machten die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Heide-Ost eine simple Jeans zur Plattform, um auf ihr im Kontrast mit den von ihnen entdeckten Fundstücken in der Historie die Ideale der Freiheit hochzuhalten.

Wie die Schüler mit ihren Lehrern ans Werk gingen

„Justiz in der DDR“ – Projektarbeit am WHG in Heide

Im Rahmen der Wanderausstellung „Justiz in der DDR“ , die im Winter 2011 – 2012 in Heide gezeigt wurde, beteiligten sich zwei Oberstufenklassen des Werner-Heisenberg-Gymnasiums aktiv an der Durchführung der Ausstellung. Die Schülerinnen und Schüler der 11. und 12. Klasse begleiteten mit eigenen Plakaten die Ausstellung und fertigen dann später eigene Hausarbeiten an. Die Geschichtslehrer Sönke Schaal und Claus-Peter Kock unterstützten die beiden Klassen.

Um sich dem Thema der Ausstellung langsam anzunähern, wurden innerhalb der Klassen zunächst mehrere Gruppen gebildet, die sich intern auf ein Thema einigen mussten. Hierzu stand den Schülern ein Schrank mit Fachbüchern zum Thema im extra eingerichteten Geschichtskeller zur Verfügung. Dem im März 2012 verstorbenen Gert Glüsing von der Stiftung gegen Gewalt und Extremismus in Heide und Umgebung gilt ein besonderer Dank, weil er den Großteil der Bücher und Publikationen zur Verfügung gestellt hatte. Ab Januar 2012 konnten die Plakate rechtzeitig vor einer wichtigen Diskussionsveranstaltung im Foyer der Fachhochschule Westküste, dem Ausstellungsort, gezeigt werden.

Doch damit war das Thema DDR für die beiden Klassen noch nicht beendet: Jeder Schüler durfte sich ein Teilthema unter dem Rahmen „Justiz in der DDR“ aussuchen und sollte dazu eine schriftliche Hausarbeit abgeben. Es dauerte eine ganze Weile, bis wirklich jeder ein Thema und ein dazugehörendes Buch, auf dessen Grundlage die Hausarbeit geschrieben werden sollte, gefunden hatte. Wieder standen den Schülern die Bücher aus dem Geschichtsraum im Untergeschoss zur Verfügung. In mehreren Schulstunden hatten sie die Möglichkeit, sich in die vorhandenen Bücher einzulesen und somit eine Buchauswahl zu treffen. Die Hauptarbeit jedoch sollte von jedem selbstständig zu Hause angefertigt werden. Die Hausarbeiten wurden schließlich im April 2012 fertiggestellt.

Insgesamt verlief das Klassenprojekt sehr positiv, sodass bei den Schülerinnen und Schülern das Interesse für den Unrechtsstaat DDR sensibilisiert und verstärkt wurde. Durch die präzise Beschäftigung mit einem speziellen Thema bekamen sie einen genaueren Einblick in die Justizgeschichte der DDR, was für die politische Bildung der jungen Erwachsenen von großer Bedeutung und unschätzbarem Wert ist.

Yoldascan Altun (13 c), Claus-Peter Kock. Klassenlehrer der 13 c

Ausstellungsprojekt von Schülern der Ulc des WHG

Gift im Essen – Höhepunkt der Folter für einen Farbigen

Das ging den Schülerinnen und Schülern des Werner-Heisenberg-Gymnasiums sicher unter die Haut, als sie das Schicksal von André Baganz dokumentierten, eines Farbigen, dem die Staatssicherheit sogar sein Essen vergiftet hat. An diese Arbeit hatten sich Jördis Mangels, Merle Mangels, Anja Eggert, Lea Thomsen, Laura Heinrich und Kianusch Stender aus der Ulc gemacht. Hier ihre Dokumentation im Wortlaut:

„André Baganz wurde am 9. Mai 1961 geboren. Sein Vater, Sékou, war Afrikaner; von ihm erbte André seine dunkle Hautfarbe. Schon bald nach Andrés Geburt trennte sich seine Mutter von seinem Vater und heiratete erneut; André bekam noch zwei Brüder. 1977 begann er eine Lehre als KFZ-Schlosser, sein Traumberuf. Damals begannen auch die Hänseleien über Andrés Hautfarbe: Er wurde als „Nigger" beschimpft und sogar verprügelt.

Rassismus auch in der DDR: Wie sehr Farbige zu leiden hatten – von Hänseleien bis zur Folter durch die Stasi – ist hier am Fall Baganz dokumentiert.

Ende Januar 1979 wurde André zu einer Jugendstrafe wegen Widerstandes gegen staatliche Maßnahmen verurteilt; er wurde gegenüber einem Polizisten handgreiflich, als dieser einen seiner Freunde verhaften wollte. Die Strafe dauerte bis Oktober. Danach beendete André seine Lehre und erhielt 1980 sein Facharbeiterzeugnis. Bald suchte er sich jedoch eine neue, besser bezahlte Arbeit im Eisenhüttenkombinat. Schon damals spielte er mit dem Gedanken, einen Ausreiseantrag zu stellen. Seine Pläne schlugen rasch in Fluchtpläne um; André wollte weg aus der DDR. Ein erster Fluchtversuch geschah an der Berliner Mauer; er schlug fehl, André wurde aber auch nicht erwischt. Bald darauf versuchte er es ein zweites Mal mit einem Kumpel; die beiden wollten sich nachts von der Tschechoslowakei nach Bayern durchschlagen. Sie wurden jedoch erwischt und gaben vor, Touristen zu sein, die sich im Wald verirrt haben. Sie wurden laufen gelassen, bekamen statt ihrer Ausweise jedoch einen sogenannten „PM-12“, ein Stück Pappe, das jedem Polizisten sagte, dass mit diesen Jugendlichen etwas nicht stimmt. Trotzdem wagte André kurz danach den dritten Fluchtversuch: Mit einem Kumpel wollte er es in Boizenburg/Elbe probieren. Beide wurden jedoch nach einer Ausweiskontrolle im Zug wegen Verdachts auf Republikflucht festgenommen. Nach 14 Tagen in der Schweriner U-Haft wurden die beiden in die U-Haft Frankfurt/Oder gebracht.

Am 20. September 1981 brachen André, ein Kumpel und ein anderer Mithäftling aus der Untersuchungshaft aus. Sie überwältigten die Wächter und nahmen eine Geisel. Dann flohen sie in ein Wohnhaus und nahmen weitere Geiseln. Dabei wurde ein Polizist angeschossen, der später starb. André war für diesen Schuss jedoch nicht verantwortlich. Ihre Forderungen: Freies Geleit in den Westen. Aber die Geiselnahme schlug fehl, die Häftlinge mussten sich ergeben. Es folgten endlose Verhöre, in denen von der Stasi auch Tricks angewandt wurden wie das Unterschreiben von Aussagen, die gar nicht wahr waren. Schließlich kam es zum Prozess. Dieser war ein Schauprozess; die Angeklagten bekamen keine ordentliche Verteidigung und wurden als Staatsfeinde bezeichnet- man wollte ein Exempel statuieren. Schließlich das Urteil für André: Lebenslänglich. André wurde in das Stasi-Gefängnis Bautzen II gebracht, seine neue Heimat. Sofort kam er in strengste Einzel- und Isolationshaft. Seine Zelle war sehr klein. Wecken war um 5.00 Uhr, Freistunde von 14.30 Uhr bis 15. Uhr, Nachtruhe um 20.00 Uhr. Andere Gefangene sah er nicht, nur die Wärter. Diese schikanierten ihn bis aufs Äußerste, drohten ihm, durchwühlten seine Zelle, verhöhnten ihn; machten ihm das Leben so schwer wie möglich. Bald versuchte André, mit Hungerstreiks eine Verbesserung seiner Verhältnisse zu erreichen. Er wurde jedoch zwangsernährt. 1983 suchten 2 Stasi-Mitarbeiter ihn auf. Sie befragten ihn freundlich nach seinen Haftbedingungen, plauderten mit ihm, boten ihm Kaffee und Essen an und versicherten ihm, ihm helfen zu wollen, besorgten ihm sogar Bücher. Von nun an besuchten sie ihn alle 2 Wochen. Doch nach den Besuchen ging es ihm plötzlich schlecht:

Er hatte schlimmen Durchfall. Schließlich kam ihm der Verdacht, die Stasi habe ihm etwas in das Essen gemischt. Um das zu überprüfen, aß und trank er beim nächsten Mal nichts – und es ging ihm gut. Immer noch zweifelnd, beschloss er, ein letztes Mal richtig viel zu essen. Dies tat er und erkrankte schwer.

Dem Tode nahe wurde er in das Haftkrankenhaus Leipzig gebracht. Aufgrund einer diagnostizierten Darmentzündung wog er nur noch 57 Kilogramm. Nachdem er sich einigermaßen erholt hatte, kam André wieder zurück nach Bautzen. Das Leben in Einzelhaft setzte sich fort. Jedoch bekam seine Mutter im Juni 1983 erstmals eine Besuchserlaubnis. Damals dachte sie noch, ihr Sohn sei ein kaltblütiger Mörder. Dennoch besuchte sie ihn jeden 2. Monat eine Stunde. Über Tat oder Haftbedingungen zu reden war jedoch verboten.

Im Oktober 1986 ging André erneut in Hungerstreik. Aufgrund dessen erfuhr seine Mutter von seiner Einzelhaft und schickte einen Brief an den Generalstaatsanwalt mit der Bitte, diese aufzuheben. Dieser Bitte wurde entsprochen; nach fünf Jahren kam André endlich in einen gesonderten Isolationsbereich mit zwei anderen Häftlingen. Hier durfte er fernsehen, arbeiten und hatte allgemein mehr Freiheiten als zuvor.

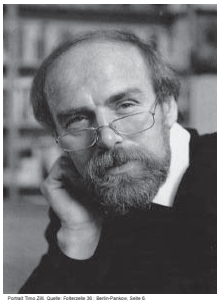
Im August 1988 schaffte André es, heimlich einen Brief herauszuschmuggeln, in dem er seinen Eltern ausführlich alles berichtete, mit der Bitte, den Brief an Amnesty International zu schicken. Nach der Drohung durch einen Stasi-Mitarbeiter tat die Mutter dies jedoch nicht. Auch sämtliche Anfragen auf offiziellem Wege wurden abgeschmettert.

1989 schließlich herrschte in Bautzen der Ausnahmezustand. Die Gefangenen konnten sich nun plötzlich frei bewegen und mit der Presse sprechen. Die Haftbedingungen wurden grundlegend geändert, und André wurde durch die Medien berühmt. Dennoch blieb er in Haft, auch als fast alle anderen politischen Gefangenen entlassen wurden.

Erst am 7. Mai 1991 kam es zum Kassationsverfahren. In diesem wurde Andrés ‚Lebenslänglich' in ‚10 Jahre' umgewandelt. Der Rest, drei Monate, wurde auf Bewährung ausgesetzt. Am 9. Mai 1991, an seinem 30. Geburtstag, kam André Baganz frei. Er hatte fast 10 Jahre in Bautzen II gesessen."

Timo Zilli

Verhaftet – Eingesperrt - Gefoltert



Portrait Timo Zilli. Quelle: Folterzelle 36 : Berlin-Pankow. Seite 6.

Noch heute lebt er mit seiner deutschen Frau in Berlin und führt mit ihr zusammen eine Exportbuchhandlung.

Timo Zillis
Buch,"Folterzelle 36 Berlin-Pankow", unsere Quelle für diese Informationen. 1993

Lebenslauf

22.09.1945
Geburt in Friaul(Norditalien)

1962
Anwerbung als Gastarbeiter in Deutschland

1962-1965
Odyssee als Wanderarbeiter in Europa und Asien

1965
Umzug nach West-Berlin

1965-1970
Unterstützung der Studentenbewegung, Anschluss an eine linke, italienische Immigrantengruppe

11./12.11.1970
Verhaftung durch die DDR-Polizei

November 1970- Frühjahr 1971
U-Haft im Gefängnis Berlin-Pankow

Frühjahr 1971
Gerichtsprozess und Urteilsverkündung

Frühjahr 1971
Haft im Zuchthaus Berlin-Rummelsburg

14.11.1972
Entlassung nach West-Berlin

Ab 1989
Verbreitung seiner Geschichte durch die Medien

1993
Erscheinen seines Buches „Folterzelle 36 Berlin-Pankow. Erlebnisbericht einer Stasi-Haft

1965-1970
Bereits kurz nach seiner Ankunft in West-Berlin wird Timo Zilli politisch aktiv: Er nimmt an Treffen der Studentengruppe um Rudi Dutschke teil und schließt sich einer linken, italienischen Immigrantengruppe an. Im Gegensatz zu den meisten anderen Mitgliedern lehnt er Gewalt ab; dem Schießbefehl an der Mauer steht er negativ gegenüber. Dadurch werden die inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi auf ihn aufmerksam. Ohne dass Zilli es nach eigenen Aussagen weiß, protokollieren sie über Jahre weg sein Leben.

11./ 12.11.1970
Lange Zeit unternimmt die Behörde nichts – bis Timo Zilli einen folgenschweren Fehler begeht: Am 11.November 1970 fährt er nach einer Betriebsfeier angetrunken mit der S-Bahn nach Hause. Am Bahnhof Friedrichstraße, dem zentralen Grenzbahnhof nach Ostberlin, muss er umsteigen. Einem DDR-Polizisten(„Vopo") fällt der leicht torkelnde Mann auf. „ Hau ab, du besoffenes Schwein!", schreit er Zilli an und schubst ihn zur Seite. Zilli versucht sich an dem Polizisten festzuhalten, welcher daraufhin mit seinem Knüppel auf ihn einprügelt. Mehrere Vopos eilen herbei und zerren den Betrunkenen in eine Zelle des Bahnhofgebäudes. Als Zilli anfängt, sie zu beschimpfen, prügeln sie ihn bewusstlos. Am nächsten Tag wird er auf dem Polizeirevier Alexanderplatz wieder verprügelt, nachdem er dem Befehl eines Polizisten: " Packen sie aus! Alles!", aufgrund seiner Sprachschwierigkeiten nicht folgen kann. Irgendwann gibt er auf und unterschreibt ein weißes Papier, dessen Inhalt er bis heute noch nicht weiß. Danach bringt man ihn ins Untersuchungsgefängnis Berlin-Pankow.

Bei dem Gefängnis Berlin-Pankow handelte es sich um eine Stasi-Untersuchungshaftanstalt. Prügel,Schlafentzug, Isolationshaft waren hier an der Tagesordnung. Dabei ging es in diesen Stasi-Untersuchungshaftanstalten wesentlich grausamer und brutaler zu. Der Stasi war dabei jedes Mittel Recht um den hier Inhaftierten ein Geständnis abzuringen.

November 1972
Eines Tages im Herbst 1972, als er wieder einmal in der Arrestzelle sitzt, taucht das Gerücht einer Amnestie auf. Der Staatsrat hat anlässlich des 23. Jahrestages der DDR eine aufsehenerregende Amnestie „für politische und kriminelle Gefangene" beschlossen. Nicht DDR Bürger dürfen in den Westen ausreisen. Am 14. November, zwei Jahre und drei Tage nach seiner Festnahme, wird Timo Zilli zusammen mit sechzehn nichtdeutschen Mithäftlingen zurück in den Westen geschickt. Timo Zillis neues Leben beginnt im Notaufnahmelager Marienfelde. Seine Berichte werden ausgelacht. Der Arzt, der ihn flüchtig untersucht, verschreibt Valium gegen die nächtlichen Alpträume. Die Folgen der Haft machen ihm in der Feiheit das Leben zur Hölle .

Gerichtsprozess, 1971
Die Gerichtsverhandlung dauert etwa 30 Minuten, in der plötzlich eine Nebenklägerin dabei ist. Eine junge Frau aus der DDR, die Zilli bei einem Besuch in Ost-Berlin ein einziges Mal gesehen hat, wird vier Monate nach ihm bei einem Fluchtversuch festgenommen. Sie behauptet, dass er sie zur Flucht verleitet habe.
Schon nach wenigen Minuten wird Zilli von der Verhandlung ausgeschlossen, denn er hält sich nicht an die Weisung des Richters, nur mit „Ja" und „Nein" zu antworten. Stattdessen korrigiert er den Dolmetscher, widerspricht und wirft der Staatsanwältin „Freisler Methoden!" vor. Er wird erst wieder zur Urteilsverkündung in den Gerichtssaal gelassen.

Urteilsverkündung, 30 Minuten später
Dreieinhalb Jahre Haft wegen staatsfeindlicher Hetze, Beihilfe zur Republikflucht, Gefahr für die sozialistische Gesellschaftsordnung.
Nachdem er im Zuchthaus war, legte er Berufung ein, und so willkürlich, wie das Strafmaß festgesetzt wurde, wurde es nun um ein Jahr reduziert.

Haft im Zuchthaus Berlin Rummelsburg

Im Zuchthaus erhält er wie jeder Gefangene eine Nummer. Timo Zilli, die 856082, wird zur Arbeit im benachbarten Elektroapparatewerk eingeteilt; Schiffsrelais zu löten. Außer der Zelle und der täglichen körperlichen Arbeit gibt es keine Abwechslung. Art und Menge des Essens werden nach Arbeitsleistung ausgegeben: Norm, Unternorm, Übernorm. Timo Zilli schwört sich, für diesen Staat kein Stück über der Norm zu arbeiten. Man bestraft ihn dafür wegen Sabotage.
Nun beginnt das schlimmste Kapitel seiner Gefangenschaft, die Zeit in der Dunkelzelle im Keller, ein dreigeteilter Gitterkäfig mit einem kaum telefonzellengroßen Stehtrakt. Dort müssen die Gefangenen stehend im Dunkeln den Tag verbringen, zweimal in 24 Stunden dürfen sie zur Toilette gehen. Zilli ist „Stammgast" in der gefürchteten Zelle. Er zählt die Tropfen des Wasserhahns, um nicht verrückt zu werden in der Dunkelheit. Er rezitiert Dantes „Göttliche Komödie", freundet sich mit einer Ratte namens Nina an und singt ganze Arien. Nach drei Wochen holt man ihn hoch, lässt ihn drei Tage auf einer Matratze, dann befindet der Arzt: Der Gefangene 856082 ist wieder fähig zu weiteren 21 Tagen Dunkelhaft. Bis zur Amnestie ist er regelmäßig in der Dunkelzelle.

Eine weitere Dokumentation der Schüler des Werner-Heisenberg-Gymnasiums.

Hausarbeit von Simon Barth, WHG, 12 c

Vom Mitläufer zum Gegenläufer – Die Geschichte von Wolfgang Templin

Simon Barth

Die DDR ist bekannt dafür, dass scheinbar harmlose Menschen auf übertriebene und absurde Art und Weise abgehört und überprüft wurden. So wurden Wohnungen neben Verdächtigen extra eingerichtet und vermeintliche politische Verbrecher auf Schritt und Tritt verfolgt und überwacht, was nur bei einer enorm großen Verwaltungs- und Überwachungisorganisation möglich war, und diese hatte die DDR. Ein Beispiel für den immens großen Aufwand der Überwachung ist das Spiel zwischen Dynamo Dresden und Bayern München im Jahr 1973, wo letztendlich einer von fünf Zuschauern für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) arbeitete und sogar Spieler von Dresden als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MfS dienten. So gab es ungefähr 85.000 hauptamtliche Mitarbeiter und ca. 180.000 „inoffizielle Mitarbeiter", die für das Ministerium für Staatssicherheit arbeiteten. Ein sogenannter „IM" war zunächst auch Wolfgang Templin, ehe er als politischer Feind eingeordnet und aus dem Land ausgewiesen wurde. Die spannende Frage, die bei der Betrachtung von Templins Leben aufkommt, ist, wie und warum sich das Blatt für jemanden so schnell ändern konnte. Um dieser Frage nachzugehen, habe ich mich dazu entschieden, die Biografie von Wolfgang Templin näher zu betrachten, und möchte im Folgenden versuchen, eine Erklärung für den Sinneswandel zu finden.

1. Der perfekte Sozialist

1.1 Staatliche Unterstützung

Der sozialistische Staat bot dem heranwachsenden Wolfgang Templin, der am 25. November 1948 in Jena geboren wurde, in den frühen Jahren ein lebenswertes Dasein. Als unehelicher Sohn einer Deutschen und eines sowjetischen Militärarztes konnte er trotz schlechter finanzieller Voraussetzungen an der Humboldt-Universität in Berlin ein Philosophiestudium anfangen, was in der damaligen BRD für jemanden mit derartigen finanziellen Mitteln sicherlich nicht so einfach gewesen wäre. Infolgedessen schlug sein Herz voll und ganz für den SED-Staat und den in der DDR herrschenden Sozialismus. So war er nicht nur Mitglied der SED, sondern außerdem bei der Freien Deutschen Jugend, der Gesellschaft für Sport und Technik, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Turn- und Sportbund Mitglied.

1.2 Die Anwerbung als inoffizieller Mitarbeiter des MfS

„Er steht fest auf dem Boden unserer Weltanschauung". So steht es auf den ersten Seiten seiner Unterlagen beim MfS, die sich noch enorm füllen sollten. Als junger Mann, der gutes marxistisch-leninistisches Wissen besaß und dieses auch zum Beispiel im „Klub junger Philosophen", welchem er innerhalb des Studiums angehörte, permanent einsetzte, geriet Wolfgang Templin mit 24 Jahren auf die Liste für geeignete inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit. Er versuche immer alle zufriedenzustellen, sei ehrlich, aufgeschlossen, fleißig im Studium, hilfsbereit, zuverlässig, freundlich und könne auftragsgemäß Kontakt mit einer Zielperson aufnehmen. So steht es in den Akten und somit war Templin auch charakterlich passend als „IM". Das einzige was laut Hauptmann Lange, der die Beurteilung verfasste, verbessert werden müsste, sei die Tatsache, dass er sich bei den ersten Treffen unsicher verhielt, was sich aber auch nach und nach besserte. Templin sagte später selbst, dass lediglich der Appell an seine Verantwortung als Kommunist und Genosse ausgereicht habe, um ihn für die Arbeit zu gewinnen und keinerlei Geldangebot oder Ähnliches nötig gewesen seien.

So begann für Wolfgang Templin ein zweites Leben unter dem IM-Namen „Peter".

1.3 Die Arbeit als inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit

Die Arbeit für die Staatssicherheit unter dem Namen „Peter" beschränkte sich vor allem darauf, neue Verbindungen in den vorhandenen Organisationen wie zum Beispiel in dem „Klub Junger Philosophen" oder der Sektion „Marxistisch-leninistische Philosophie" der Humboldt-Universität zu erstellen oder alte Verbindungen wieder aufzunehmen. Im Mittelpunkt stand jedoch die Kontaktaufnahme zu den

Verwandten in West-Berlin und die weitere Ausbildung des IM's. In den folgenden Jahren blieb es bei diesen Aufgaben und häufige Zwischenberichte bestätigten die Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit des Angestellten bis zu einem bestimmten Zeitpunkt.

2. Die Kehrtwende

Nachdem sich Templin von 1976 bis 1977 für ein Zusatzstudium in Warschau aufgehalten und dort erste Kontakte zu der polnischen Opposition aufgenommen hatte, änderte sich seine Meinung zu der DDR mehr und mehr. Dies bemerkte auch die Staatssicherheit. So berichtete sie, dass Wolfgang Templin Mitglied einer konterrevolutionären Gruppe sei, die auf den Grundlagen des Trotzkismus versuche, den real existierenden Sozialismus zu stürzen. Die These der staatsfeindlichen Gruppe besagte, dass es einen Widerspruch zwischen der Partei und der Volksmasse gebe und dass die Arbeiterklasse inaktiv sei und kein wahres Mitspracherecht hätte. Zusammenfassend steht über die Meinung der Gruppe: „Der real existierende Sozialismus in der sozialistischen Staatengemeinschaft sei ‚entartete Bürokratie' und entspreche nicht den Auffassungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus." Des Weiteren berichtete Templin seinen politisch Gleichgesinnten über seine Anwerbung als inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit, außerdem ging das MfS davon aus, dass er alles ihm Bekannte über das Ministerium für Staatssicherheit preisgab. Aufgrund dieser Erkenntnisse musste sich Wolfgang Templin einer Befragung unterziehen, bei der er den hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS erwiesenermaßen belog und eine weitere Zusammenarbeit ablehnte.

Die Staatssicherheit schrieb zusammenfassend, dass es sich bei Wolfgang Templin um einen würdelosen Menschen handele, sowohl unter politischen als auch unter charakterlichen Gesichtspunkten, der hinter staatsfeindlichen Thesen stehe, jedoch zu dem Zeitpunkt ohne wirkliche Gruppe sei und stattdessen ein nahezu asoziales Leben führe. So schien er leicht alkoholabhängig zu sein und pflege mehrere körperliche Beziehungen zu Frauen. Indessen könne aus persönlicher Laune oder einer komplizierten politischen Situation weiterhin Gefahr von dem nach wie vor oppositionellen Templin ausgehen.

Templin selbst sagte dazu, dass er eine Entscheidung zu treffen hatte, für sein persönliches Ziel, den Kommunismus, zu erreichen. Er musste sich entscheiden, entweder für den langen fragwürdigen Weg des real existierenden Sozialismus oder dafür, offene Oppositionsarbeit zu betreiben. Im Jahr 1983 hatte er die Entscheidung getroffen und so verließ Templin symbolisch für seinen Schritt die SED.

3. Die Akte „Verräter" und die Arbeit in der Opposition

Nachdem Templin aus der Partei herausgeworfen worden war (nach Aussage seiner Stasi-Akte), galt er praktisch als ausgestoßen und rechtlos. Er fand aufgrund eines

Berufsverbotes keine Arbeit, die seinen Qualitäten und seiner Ausbildung entsprach, und da es offiziell keine Arbeitslosen in der DDR gab, gab es auch keine Arbeitslosenunterstützung. Also musste sich der Oppositionelle als Heizer und Putzkraft durchschlagen. Gleichzeitig wurde Templin zu jeder Zeit verfolgt und war keine Sekunde unbeobachtet. So setzte das MfS gleich zehn Inoffizielle Mitarbeiter auf ihn an, die ihn ununterbrochen im Auge behalten und weitere Informationen über sein Handeln ermitteln sollten. Von den IMs waren sechs im unpersönlichen Umfeld Templins, vier hatten eine direkte und intensive Beziehung zu ihm und sollten diese noch weiter vertiefen. Die Ziele der Operation waren die Aufklärung und Verhinderung der Pläne von Templin, die oppositionellen Gruppen der sozialistischen Staaten zusammenzuführen sowie die Einschüchterung, Isolierung, Disziplinierung und Kriminalisierung seiner Person. Im Zentrum der Beobachtungen stand vor allem auch die „Initiative Frieden und Menschenrechte", die 1985 von Templin und anderen hochkarätigen Menschenrechtlern wie Bärbel Bohley gegründet worden war. Die Beobachtungsberichte waren stets enorm präzise und jede Kleinigkeit wurde beobachtet, notiert und untersucht, wie zum Beispiel, dass Wolfgang Templin am 22. Januar 1988 um 19.40 Uhr einen kleinen Notizzettel in den Müll warf. Dieser wurde dann sofort aus dem Mülleimer genommen und notiert, was auf dem kleinen Papier stand. Jedoch erwies sich die Observierung Templins als immer schwieriger, da er die Anwesenheit der Beobachter mehr und mehr spürte und wusste, dass er nie allein war. So heißt es in einer Anmerkung eines Beobachtungsberichtes:

„Von Beginn der Übernahme des Templin war dieser auf die operative Beobachtung eingestellt. Ständig suchte er die Beobachtungskräfte. Eine konspirative operative Beobachtung war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich."

3.1 50 kg Sittichfutter

Die Staatssicherheit konnte aber weitaus mehr als nur beobachten. Eine sehr kuriose Art, Templin zu terrorisieren, war das Schreiben von Bestellungen und sogar Unterstellungen unter Templins Namen und Anschrift. Es fing damit an, dass eines Tages ein Mann vor seiner Tür stand und einen Trabant, der zuvor bestellt worden war, bei sich hatte. Auf die Aussage, dass er gar keinen Trabant bestellt habe, zeigte ihm der Verkäufer eine Bestellung mit der Adresse und seiner bestätigenden Unterschrift, aber das war längst noch nicht das Ende. Es folgten weitere Anrufe und Besuche von Leuten, die eine Bestellung für ein Auto, ältere Möbel oder Hi-Fi-Anlagen vorzeigen konnten, die jedes Mal mit einer original aussehenden Unterschrift bestätigt worden war. Darauf wiederum folgte die Bitte des falschen Templin, ob die Ware nicht geliefert werden könne, da er die Ware aufgrund seines Gipsbeins nicht selber abholen könne. Doch es wurde immer absurder, so wurden Tiere aller Art geliefert sowie Sittich- und Zeisigfutter in Säcken mit einem Gewicht von fünfzig beziehungsweise

dreißig Kilogramm. Es kamen sogar mehrere Handwerker, um Wochenendhäuser zu renovieren, obwohl es diese gar nicht gab. Der Höhepunkt des monatelangen Psychoterrors war aber, als sich mehrere Eisverkäufer für die falschen Unterstellungen, dass sie gepanschtes Eis verkaufen würden sowie dass eine ihrer Frauen untreu sei, rächen wollten und kurz vor einer gewaltvollen Lösung standen. Zum Glück ging es damals harmlos aus.

Dieser Horror hatte erst ein Ende, als die westlichen Medien auf diese Geschichte aufmerksam wurden.

3.2 Das Ende naht

Aber durch alle diese Einschüchterungen und die vielen Verhöre ließ sich Wolfgang Templin nicht vom Weg abbringen und kämpfte weiter gegen das Regime. Am 17. Januar des Jahres 1988, an dem die jährliche Liebknecht-Luxemburg-Demonstration stattfand und die wichtigsten Personen des Staates kommen sollten, wollte die Opposition laut Stasi-Information mitmarschieren, um dann Plakate und Transparente zu zerstören. Damit dies auf jeden Fall nicht von Templin gemacht werden konnte, wurden sein Haus umstellt und alle Wege blockiert.

Das MfS suchte jedoch nach einer dauerhaften Beseitigung des Störenfrieds, und deshalb wurde die Familie Templin am 25. Januar desselben Jahres verhaftet und dann zehn Tage später aus dem Land ausgewiesen. Sie behielt jedoch die Staatsbürgerschaft der DDR, sodass die Herrschaft über die Personen im gewissen Sinne erhalten blieb. Einreisen in die DDR durften die Familie und andere Ausgewiesene, wie zum Beispiel die bereits angesprochene Bärbel Bohley, nicht. Gleichzeitig wurde Templin, der sich mit seiner Familie in Bochum ansiedelte, auch dort weiterhin rund um die Uhr nach bewährten Mitteln beobachtet und die zwischen DDR und BRD versandten Briefe abgefangen und kontrolliert. Somit war die Kommunikation mit der Opposition nicht möglich.

Schluss

Wolfgang Templin führte ein Leben, das sich an einem bestimmten Punkt um 180 Grad veränderte und das war nicht Folge eines Sinneswandels, wie ich es in der Einleitung vermutet hatte. Denn Wolfgang Templin war ein überzeugter Kommunist, am Anfang und besonders auch in der Opposition. So war es für ihn keine proletarische Herrschaft, sondern „entartete Bürokratie“, was ein deutlicher Kontrast zu den Lehren von Marx und Lenin darstellt (siehe Kapitel 2).

„Alle Täter sind gleichzeitig auch Opfer. Viele Opfer sind gleichzeitig Täter oder zumindest potentielle Täter. Dadurch entstand ein unauflösliches System von

Abhängigkeiten, eine Art Komplizenschaft. Und es entstand die Herrschaft der Apparate."

Dies sagte der DDR-Filmregisseur Frank Beyer schon am 23. November 1989 und seine Worte werden einem nach der Betrachtung der Akte „Verräter" von Wolfgang Templin auch richtig klar.

Literaturverzeichnis

Schild und Schwert der Partei, in: DER SPIEGEL 6/1990, S. 50 – 82.

Spiegel Spezial 1/1993, Stasi-Akte „Verräter" – Bürgerrechtler Templin: Dokumente einer Verfolgung, Spiegel-Verlag, Hamburg Januar 1993.

Ulrich Schwarz, Gefährlicher Feind des Systems, in Spiegel Spezial 1/1993, Stasi-Akte „Verräter" – Bürgerrechtler Templin: Dokumente einer Verfolgung, Spiegel-Verlag, Hamburg Januar 1993, S. 10 f.

Wolfgang Templin, Die Schere im Kopf, in Spiegel Spezial 1/1993, Stasi-Akte „Verräter" – Bürgerrechtler Templin: Dokumente einer Verfolgung, Spiegel-Verlag, Hamburg Januar 1993, S. 168 – 171.

Wikipedia Seite: Wolfgang Templin, http://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Templin, Zugriff am 10.09.2012.

Dtv-Lexikon in 24 Bänden, Band 21, Gütersloh 2006, S.19 f.

Die unglaublichsten Geschichte der DDR, ZDF History, http://www.zdf.de/ZDFmediathek/kanaluebersicht/aktuellste/398#/beitrag/video/1688304/Die-unglaublichsten-Geschichten-der-DDR, Zugriff am 10.09.2012.

Hausarbeit von Ann-Kathrin Bertenrath, WHG, UIc

Folgeerkrankungen politischer Haft in der DDR

Inhaltsverzeichnis

Einleitung
1. Physische Erkrankungen
2. Psychische Erkrankungen
   2.1 Die posttraumatische Belastungsstörung
   2.2 Weitere psychische Erkrankungen
Schluss
Quellenverzeichnis
Literaturverzeichnis
Erklärung über die eigenständige Erstellung der Hausarbeit

Einleitung

Im Rahmen der Gruppenarbeit zur DDR-Plakat-Ausstellung hatte ich mir den Erfahrungsbericht eines politisch Inhaftierten durchgelesen. Die darin geschilderte Behandlung der Gefangenen regte mich zum Nachdenken über körperliche und psychische Folgen dieser Misshandlung an. Ich wollte wissen, unter welchen Krankheiten die ehemaligen Häftlinge mehr als 20 Jahre nach Ende ihrer Haftzeit leiden und inwieweit es ihr Leben beeinträchtigt. Aus diesem Grund habe ich mir für meine Hausarbeit das Thema „Folgeerkrankungen politischer Haft in der DDR" ausgesucht.

Im Jahr 2003 hat ein Forschungsgutachten der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes bestätigt, „ […] dass politische Repression zu ausgeprägten gesundheitlichen Schäden körperlicher und psychischer Art führen kann."

1. Physische Erkrankungen

Durch die schlechten Lebensbedingungen während der Haft zogen sich die Gefangenen Krankheiten und Verletzungen zu, unter deren Folgen sie teilweise noch heute leiden. Laut einer Studie haben 36 % aller DDR-Inhaftierten derartige Langzeitschäden davongetragen, die meisten an Lunge und Herz. Dabei hängt es von dem Alter bei der Inhaftierung ab, ob und in welchem Maße der Gefangene dauerhaft geschädigt ist. Je jünger er zum Zeitpunkt der Verhaftung war, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit einer Schädigung.

Ein großer Teil der körperlichen Schäden lässt sich auf Misshandlung und Folter zurückführen, die in DDR-Gefängnissen gang und gäbe waren. Insbesondere die unmenschliche Behandlung während der Einzelhaft, beispielsweise in Steh- und Wasserzellen, führte zu dauerhaften Schädigungen der Gelenke, des Muskel-Skelett-Systems sowie vereinzelt auch zu Herz-Kreislauf-Störungen. Aus der Misshandlung der Gefängnisaufseher resultierten nicht selten ernsthafte Verletzungen, die häufig nicht behandelt wurden. Des Weiteren führten die hygienischen Bedingungen und die Mangelernährung zu Zahnverlust sowie Lungen- und Magenerkrankungen. Einige Studienteilnehmer nannten auch den von dem Arbeitsregime ausgeübten Druck, etwa 120% bis 130% der Norm zu arbeiten, als angenommenen Grund für ihre Herz-und Kreislaufbeschwerden. Im Allgemeinen war die medizinische Versorgung sehr schlecht: „Zwar kann man den Arzt täglich aufsuchen, die Behandlung ist aber völlig unzureichend oder falsch. Ich […] litt im Frühjahr an einem Magengeschwür […], man behandelte mich aber auf Erkältung. Geröntgt wurde ich erst nach eineinhalb Monaten, als ich bereits Blut gespuckt hatte. Erst dann erfolgte meine Einweisung auf das Krankenrevier (drei Wochen). Ansonsten wurde man prinzipiell nur bei Fieber krankgeschrieben. […] Für den Zahnarzt bestand eine Wartezeit von einer Woche. Verbrennungen, die als Arbeitsunfälle (Stahl) sehr häufig auftraten, wurden nur unzureichend behandelt, bei kleineren Hautkrankheiten wurde gar nichts unternommen …“ Diese Nichtbehandlung führte bereits während der Haft zu zahlreichen Todesfällen und ernsten Krankheiten. Heute sind viele Geschädigte arbeitsunfähig und dauerhaft auf Medikamente angewiesen. Die Ehefrau eines Betroffenen berichtet: „Mein Mann war über sechs Jahre in DDR-Haft, bis 1985. Heute hat er schwere gesundheitliche Schäden, welche immer schlimmer werden. Ihm ist vor circa vier Jahren ein Haftschaden von 30% anerkannt worden, aber im Laufe der Jahre hat sich das alles noch viel mehr verschlimmert, worunter wir alle leiden.“

2. Psychische Erkrankungen

Ein sehr großer Teil der politischen Häftlinge hat psychische Schäden davongetragen, geschuldet der operativen Psychologie des Staatssicherheitsdienstes. Nach ihrer Entlassung in den Westen suchten viele Betroffene Therapeuten auf, die zwar psychische Erkrankungen diagnostizierten, deren Ursachen jedoch kaum nachvollziehen konnten, da ihnen das Wissen über die Zustände in DDR-Gefängnissen fehlte.

2.1 Die posttraumatische Belastungsstörung

Eine posttraumatische Belastungsstörung tritt nach einem traumatischen Ereignis auf und ist den Angststörungen zugeordnet. Bei der Diagnose wird nach genau festgelegten Kriterien vorgegangen:

A-Kriterium der posttraumatischen Belastungsstörung

A. Die Person hat ein traumatisches Ereignis erlebt, das die beiden folgenden Kriterien erfüllt:

1. Die Person war selbst Opfer oder Zeuge eines Ereignisses, bei dem das eigene Leben oder das anderer Personen bedroht war oder eine ernste Verletzung zur Folge hatte oder das eine Bedrohung für die eigene physische Unversehrtheit oder für die anderer Personen darstellte;

2. Die Reaktion des Betroffenen beinhaltete Gefühle von intensiver Angst, Hilflosigkeit oder Entsetzen.

Im Jahr 1984 wurden die Haftbedingungen für politische Häftlinge in der DDR von der UNO-Konvention gegen Folter als „psychologische Folter" definiert und entsprechen demnach diesem Kriterium.

Betroffene berichten beispielsweise von Scheinhinrichtungen oder auch von Todesandrohungen: „[. . .] ein Strick für Sie ist schnell gedreht […]". Das Gefühl der Angst und Hilflosigkeit war während der Haft immer präsent und ließ die Inhaftierten auch danach nicht los. Noch Jahre später leiden sie unter dem ungewollten Wiedererleben des ihnen zugestoßenen Ereignisses:

B-Kriterium der posttraumatischen Belastungsstörung

B. Ständiges Wiedererleben des traumatischen Erlebnisses auf mindestens eine der folgenden Arten:

1. wiederholte und sich aufdrängende Erinnerungen an das Ereignis;

2. wiederholte, stark belastende Träume von dem Ereignis;

3. plötzliches Handeln oder Fühlen, als ob das traumatische Ereignis wiedergekehrt wäre, zum Beispiel das Ereignis wieder zu durchleben;

4. intensives psychisches Leid bei der Konfrontation mit internalen oder externalen Reizen, die das traumatische Ereignis symbolisieren oder ihm in irgendeiner Weise ähneln;

5. physiologische Reaktionen bei der Konfrontation mit internalen oder externalen Reizen, die einem Bestandteil des traumatischen Ereignisses ähneln oder es symbolisieren.

Die Betroffenen sehen zum Beispiel ihre Zellen und ihre Vernehmer vor Augen und haben das Gefühl, sich wieder in derselben Situation wie damals zu befinden. Sie empfinden dieselbe Angst und Hilflosigkeit, was auf die Dauer sehr belastend sein kann. Das Wiedererleben im wachen Zustand lässt sich auf Reize zurückführen.

Was für Menschen ohne posttraumatische Belastungsstörung unbedeutend erscheint, nehmen Betroffene dieser Störung ganz anders wahr. So fühlen sich viele ehemalige Inhaftierte durch Personen in Uniformen bedroht, da sie sie an ihre Vernehmer während der Haft erinnern. Aber auch bestimmte Gerüche oder Geräusche können sie in die damalige Situation zurückversetzen. Zum Teil verhalten sich die Betroffenen während des Wiedererlebens ähnlich wie während des traumatischen Erlebnisses; zum Beispiel gehen sie genau die gleiche Schrittzahl, wie sie es damals zur Beruhigung in ihrer Zelle getan haben. Mit der Zeit wird versucht, das Wiedererleben zu vermeiden, indem sich der Betroffene immer mehr aus dem Leben zurückzieht:

C-Kriterium der posttraumatischen Belastungsstörung

C. Anhaltende Vermeidung von Stimuli, die mit dem Trauma in Verbindung stehen, oder eine Einschränkung der allgemeinen Reagibilität (war vor dem Trauma nicht vorhanden), was sich in mindestens drei der folgenden Merkmale ausdrückt:

1. Anstrengungen, Gedanken oder Gefühle, die mit dem Trauma in Verbindung stehen, zu vermeiden;

2. Anstrengungen, Aktivitäten, Orte oder Personen, die Erinnerungen an das Trauma wachrufen, zu meiden;

3. Unfähigkeit, sich an einen wichtigen Bestandteil des Traumas zu erinnern;

4. auffallend vermindertes Interesse an bedeutenden Aktivitäten;

5. Gefühl der Isolierung oder Entfremdung von anderen;

6. eingeschränkter Affekt, zum Beispiel keine zärtlichen Gefühle mehr zu empfinden;

7. Gefühl einer überschatteten Zukunft, zum Beispiel wird nicht erwartet, Karriere zu machen, zu heiraten, Kinder zu bekommen oder eine normale Lebenserwartung zu haben.

Er / Sie verdrängt alle haftbezogenen Erinnerungen und Gefühle. Das kann dazu führen, dass die Betroffenen damit unbewusst ihre Fähigkeit einschränken, überhaupt positive und negative Gefühle zu erleben, was verminderte Interesse an wichtigen Aktivitäten hervorrufen kann. Dies kann sich negativ auf die Stimmung der Person auswirken.

Im Allgemeinen haben viele ehemalige Inhaftierte das Gefühl, ständig bedroht zu sein. Sie kommen nie zur Ruhe, da ihr Körper sich andauernd in einer „erhöhten Erregung“ befindet:

D-Kriterium der posttraumatischen Belastungsstörung

D. Anhaltende Symptome eines erhöhten Erregungsniveaus (waren vor dem Trauma nicht vorhanden), durch mindestens zwei der folgenden Merkmale gekennzeichnet:

1. Ein- und Durchschlafstörungen;

2. Reizbarkeit oder Wutausbrüche;

3. Konzentrationsschwierigkeiten;

4. Hypervigilanz

5. übertriebene Schreckreaktionen

Eine posttraumatische Belastungsstörung wird erst dann diagnostiziert, wenn diese Symptome sowie das ständige Wiedererleben und die Vermeidung von Stimuli noch vier Wochen nach dem traumatischen Ereignis vorhanden sind. Bei einigen Betroffenen verringert sich der Schweregrad der Störung nach wenigen Monaten; andere leiden jahrelang unter einer chronifizierten Form. Die Schwere der Belastung hängt nicht nur von Faktoren wie Länge der Haft oder die Art der Repressionen ab, sondern auch davon, wie der Betroffene die Situation erlebte: „Für mich war es eine Zeit, die mein Leben danach geprägt hat, und ich werde nie mehr so leben, wie ich gelebt habe . . . Ich leide sehr darunter. Ich nehme alles aus der Umwelt als sehr viel schwerer wahr als ein anderer. Ich kann Probleme kaum verarbeiten, auch alltägliche. Und eins ist bei mir noch sehr, sehr schlimm. Ich leide unter sehr, sehr schlimmen Albträumen . . .“

Studien ergaben, dass es „[. . .] wenigstens 100.000 Personen mit manifester psychischer Störung im Sinne einer PTBS [. . .] und wenigstens 50.000 Personen mit einer Chronifizierung dieser Störung“ gebe.

Bis heute wenig untersucht wurde der Einfluss von gesellschaftlicher Anerkennung und „subjektivem Erleben von Gerechtigkeit“ auf die psychische Beschwerden des Betroffenen. Jedoch beweisen Studien, dass fehlende Anerkennung die Schwere der posttraumatischen Belastungsstörung negativ beeinflussen können. Dies kann die geringe Wertschätzung im Familien- und Freundeskreis, aber auch der Umgang mit dem Thema in der Öffentlichkeit sein; beides hat einen erheblichen Einfluss auf das Wohlbefinden des ehemalig Inhaftierten. Bei einer Befragung von Betroffenen wurde außerdem herausgefunden, dass viele sich noch heute ungerecht behandelt fühlen, was ebenfalls belastend wirken kann.

2.2 Weitere psychische Erkrankungen

Neben der posttraumatischen Belastungsstörung finden sich noch weitere psychische Erkrankungen, die auf die Erlebnisse während der Haft zurückzuführen sind. Für eine andere Folgestörung traumatischer Ereignisse hat die Weltgesundheitsorganisation die Diagnose „Andauernde Persönlichkeitsveränderung nach Extrembelastung" definiert:

„Diagnostische Kriterien der andauernden Persönlichkeitsveränderung nach Extrembelastung nach ICD-10

- Beispiele einer Extrembelastung: KZ-Haft, Folter, Naturkatastrophen, andauernde lebensbedrohliche Situationen
- Persönlichkeitsveränderung mit dem Versuch einer fremdanamnestischen Bestätigung
- andauernd unflexibles und unangepasstes Verhalten
- Beeinträchtigung sozialer oder beruflicher Beziehungen
- sozialer Rückzug
- feindliche oder misstrauische Haltung der Welt gegenüber
- Gefühle der Leere oder Hoffnungslosigkeit
- chronisches Gefühl von Nervosität wie bei ständigem Bedrohtsein
- Entfremdung
- Symptomatik besteht mindestens zwei Jahre; zuvor keine Persönlichkeitsstörung
- posttraumatische Belastungsstörung muss nicht obligat vorausgehen"

In der Regel überschneiden sich die Symptome teilweise mit denen der postraumatischen Belastungsstörung.

Eine Studie ergab, dass die Haftbedingungen während der Einzelhaft (Isolation, Mangel an Reizen) zu der Entwicklung psychotischer Symptome wie Halluzinationen und Wahngedanken führen können. Familienangehörige sind häufig verzweifelt: „Die Spätfolgen meines Mannes sind wirklich dramatisch, er geht so gut wie nie raus, braucht sein gewohntes Umfeld, ist misstrauisch – auch seiner Familie gegenüber, hat ständig Alpträume und ruft dann um Hilfe. Ach, es sind so viele Dinge, ich kann sie jetzt nicht alle aufzählen."

Jedoch haben die Hafterfahrungen bei einigen ehemaligen Inhaftierten auch etwas Positives bewirkt, zum Beispiel eine veränderte Lebensphilosophie: „Was heute für

den einen oder anderen ein Problem ist, ist für mich eher ein Problemchen. Es relativiert sich ein bisschen, weil man eben schon mit anderen Sachen fertig geworden ist."

Schluss

Zusammenfassend kann man sagen, dass die DDR-Haft nahezu jeden Inhaftierten physisch oder psychisch geschädigt hat. Insbesondere Lungen- und Herzerkrankungen sowie die posttraumatische Belastungsstörung kommen häufig vor. Diese Tatsache bestätigt die unmenschlichen Haftbedingungen in der DDR und zeigt auch, dass sie noch heute – mehr als 20 Jahre nach ihrem Ende – das Leben vieler Menschen beeinträchtigt.

Meiner Meinung nach sollte dies in der Öffentlichkeit stärker thematisiert werden, damit die Betroffenen besser verstanden werden. Zwar erhalten diese finanzielle Entschädigungen wie zum Beispiel die Sonderrente; viele fühlen sich jedoch – zu Recht – immer noch ungerecht behandelt. Denn finanzielle Mittel können ihnen zwar ein angenehmes Leben ermöglichen, nicht jedoch das psychische Leid lindern. Ich bin der Ansicht, dass mehr in die mediale Aufarbeitung dieses Themas investiert werden sollte, um die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren. Nur dann wird den Betroffenen Wertschätzung entgegengebracht und vielleicht auch der Eindruck von der Gerechtigkeit vermittelt, was ihnen dann endlich das Gefühl geben könnte, ein vollwertiger Teil der Gesellschaft zu sein. Dies hätte sicherlich einen positiven Einfluss auf ihre psychischen Beschwerden.

Quellenverzeichnis

Klaus-Dieter MÜLLER, Annegret STEPHAN (Hrsg), Die Vergangenheit lässt uns nicht mehr los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen, Berlin 1998 (Publikation der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt)

Literaturverzeichnis

Doris DENIS, Posttraumatische Störungen nach politischer Inhaftierung in der DDR, in: Klaus-Dieter Müller, Annegret Stephan (Hrsg), Die Vergangenheit lässt uns nicht mehr los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen, Berlin 1998 (Publikation der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt), S. 197 – 207

Nicole DIEKMANN, „In der Isolationshaft gab es Wasser und Brot" – Interview zum Stasi-Opfer-Gesetz mit Tatjana Sterneberg, http://www.tagesschau.de/inland/meldung22066.html, Zugriff am 18. April 2012

Ira GÄBLER, Andreas MAERCKER, Matthias SCHÜTZWOHL, Langzeitfolgen politischer Inhaftierungen in der DDR. Eine Folgestudie zur Dresdner Untersuchung, http://www.sachsen-an-halt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Biblio-thek_LB_Stasiunterlagen/LStU_PDF/Langzeitfolgen_Broschuere_Druckversion.pdf, Zugriff am 18.April 2012

Klaus-Dieter MÜLLER, „Jeder kriminelle Mörder ist mir lieber . . .". Haftbedingungen für politische Häftlinge in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Veränderungen von 1945 – 1989, in: Klaus-Dieter Müller, Annegret Stephan (Hrsg), Die Vergangenheit lässt uns nicht mehr los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen, Berlin 1998 (Publikation der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt), S. 15 – 136

Gregor WEIßFLOG, Kornelia BEER, Matthias PFÜLLER, Reinhold SCHWARZ, Elmar BRÄHLER, „Uns wirst Du niemals los!" – Langzeitfolgen nach politischer Inhaftierung in der DDR, http://www.fluchthilfe.de/tl_files/pdfs/Weissflog290510.pdf, Zugriff am 18. April 2012

Erklärung über die eigenständige Erstellung der Hausarbeit

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Hausarbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe.

Die Stellen der Hausarbeit, die anderen Quellen im Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen wurden, sind durch Angaben der Herkunft kenntlich gemacht. Dies gilt auch für Zeichnungen, Skizzen, bildliche Darstellungen sowie für Quellen aus dem Internet.

Interview mit Yoldascan Altun, Schüler am WHG

„Besonders hat sich mein Wille zur Gerechtigkeit und Freiheit verstärkt“

Was hast Du vor dem Projekt über die DDR gewusst?

Ehrlich gesagt, wusste ich schon vor dem Projekt der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt durch den Geschichtsunterricht eine Menge über die Entstehung und die Strukturen in der ehemaligen DDR. Mir waren beispielsweise die Methoden des Staatssicherheitsdienstes und dessen Strukturen bekannt, auch vieles über die Grenze, speziell die Mauer in Berlin. Ich empfand das immer als aufregend und spannend, da war jeder interessierte Schüler schnell aufmerksam bei der Sache. Das Projekt allerdings, das hat mir ganz neue Aspekte offen gelegt und bereits bekannte Sachverhalte viel näher gebracht. Besonders das Forschen über die Justiz in der DDR, welche ja auch das Hauptthema der im Rahmen des Projektes geschriebenen Hausarbeiten war, finde ich sehr spannend. Das ist für mich überraschend gewesen, da sich das Thema anfangs für mich eintönig und trocken angehört hatte.

Wieso habt ihr ja gesagt, als euch das Thema vorgeschlagen wurde?

Als unser Klassenlehrer, Herr Claus-Peter Kock uns vorschlug, als Projektthema die DDR mit einem besonderen Augenmerk auf deren Justiz zu nehmen, waren fast alle erst einmal abgeschreckt. Als Herr Kock uns allerdings etwas näher in die Planung mit einbezog und uns versprach, dass das Thema doch sehr spannend werden würde, ließen wir uns letztendlich auf einen Versuch ein. Zu Beginn konnten sich alle mit den Büchern zum Thema DDR in der Schulbibliothek einlesen, und schon nach kurzer Zeit war allen Schülern klar, dass dieses Thema doch sehr spannend sein kann. Fasziniert waren wir vor allem davon, dass viele Berichte von Menschen, die diese Zeit miterlebt haben, in den Büchern zu finden waren.

Wie habt ihr Aufgaben verteilt? Schilder genau, wer was gemacht hat!

Als Einstieg stellte Herr Kock uns seine sehr große Büchersammlung zur Verfügung. Aus der suchte sich jeder Schüler das aus seiner Sicht interessanteste Thema aus. Anschließend wurden – je nach Sympathie oder Überschneidung der Themen – Gruppen gebildet. Die entwarfen Plakate zu ihren jeweiligen Themen. Diese wurden zu einem Bestandteil der Ausstellung in der Fachhochschule Westküste. Zusätzlich wurden noch einige Schüler ausgewählt, die bei der Veranstaltung von ihnen selbst

ausgesuchte (gekürzte) Lebensgeschichten von durch die Justiz der DDR geschädigten Menschen vortrugen. Der Nährboden für diese Vorträge war erneut die Büchersammlung, die uns zur Verfügung gestellt wurde. Neben den Vorbereitungen der Veranstaltung in der FHW schrieben wir außerdem eine Hausarbeit über ein selbst gewähltes Thema. Hierfür gab Herr Kock uns nur die formalen Aspekte und den Rahmen vor. Die Hausarbeiten wurden in Eigenleistung und außerhalb der Schulzeit verfasst. Ich befasste mich beispielsweise mit den Waldheimer Prozessen. Als Grundlage sollten wieder die Bücher aus unserem DDR-Bücher-Regal dienen. Am Anfang war keiner so richtig begeistert, denn die rote, große Aufschrift „die Waldheimer Prozesse" (mein Thema) auf einem graugelben, hässlichen Hintergrund, sah zunächst nicht sehr ansprechend aus. Allerdings merkte ich, wie auch viele meine Mitschüler, dass die Themen doch sehr interessant waren und dass man durch die Bücher vor allem sehr viel lernen konnte.

Welche Quellen habt ihr benutzt, um euch zu informieren?

Zur Information über unsere jeweiligen Themen gab Herr Kock uns die Anweisung, hauptsächlich die Büchersammlung zu nutzen. Auch Gespräche mit Personen aus dem Bekanntenkreis, die eventuell persönliche Erfahrungen mit dem Thema haben, waren gewünscht. Das Internet als Quelle sollte nur in Ausnahmefällen in Betracht gezogen werden. Dies war jedoch kein Problem, da fast zu jedem Thema genügend Bücher vorhanden waren.

Siehst du jetzt die DDR, vor allem das politische und rechtliche System mit anderen Augen?

Ja. Durch die Arbeit an den Plakaten, bei denen es um die DDR allgemein ging, aber vor allem durch die intensive Auseinandersetzung mit einem bestimmten Thema in der Hausarbeit, konnte ich einen genaueren Einblick in die totalitären Strukturen der DDR erlangen. Erst jetzt wurde mir WIRKLICH klar, dass die DDR in ihren Anfangsjahren stark von Stalin abhängig war und dass sehr vielen Menschen Unrecht getan wurde. Zwar wusste ich schon vorher viel über die DDR, jedoch wird im Unterricht aufgrund des straffen Zeitplans alles nur sehr kurz und knapp behandelt. Durch das Projekt ergab sich mir die Möglichkeit, mir einen genauen Einblick ins Geschehen in der DDR zu erlangen und mir ein eigenes Urteil darüber zu bilden. Insgesamt hat das Projekt meine ohnehin kritische Sicht auf die DDR noch zusätzlich verstärkt. Mir wurde im Laufe der Arbeit bewusst, dass beispielsweise bei den Waldheimer Prozessen nicht wirklich die Frage der Schuld im Vordergrund stand, sondern einfach nur die Bestrafung an sich. Außerdem erkannte ich, wie vor allem in den Anfangsjahren mit politischen Gegnern umgegangen wurde. Des Weiteren

konnte ich mich durch die große Auswahl an Büchern, in denen auch über Einzelschicksale berichtet wird, in die Opfer des SED-Regimes hineinversetzen und verstehen, warum sie unzufrieden waren. Vor allem die Einzelschicksale haben meine Sicht auf die DDR verdüstert, weil ich so erkannte, dass SOGAR Menschen, die sich eigentlich ideologisch mit dem Staat identifizieren konnten, unter diesem litten.

Hat das Projekt deinen Blick auf unser eigenes System mit der Gewaltenteilung verändert – wenn ja, wie?

Nun ja. Das Projekt hat meine Sicht auf unser heutiges System nicht wirklich verändert. Allerdings kann ich sagen, dass ich durch den Einblick in die Strukturen des deutschen Teilstaates gelernt habe, dass ich mit der aktuellen Situation zufrieden sein kann, aber auch, dass ich vieles, was erzählt und berichtet wird, hinterfragen kann und muss. Durch die Propaganda der DDR und der dazu im Kontrast stehenden Realität, habe ich gesehen, wie manipulierbar ein Volk sein kann.

Gibt es etwas, worauf du in Zukunft vielleicht mehr achten wirst?

Ich werde in Zukunft besonders kritisch mit totalitär strukturierten Staaten umgehen. Außerdem hat das gesamte Projekt mein Interesse an der deutschen Nachkriegsgeschichte geweckt und meinen Sinn für das kritische Umgehen mit der Politik geschärft. In Folge der mir aufgedeckten Ungerechtigkeit in der DDR habe ich mich auch genauer über die Politik in anderen kommunistischen Ländern, aber auch über die in scheinbar demokratischen Länder informiert. Besonders hat sich meine Einstellung zum Umgang mit politischen Gegnern und mein Wille zur Gerechtigkeit und Freiheit verstärkt.

(Die Fragen stellte Birger Bahlo)

Forscherin berichtet, wie die Staatssicherheit vom Justiz-Terror zur Zersetzung überging

DDR-Geheimpolizei treibt Oppositionelle in den Wahnsinn

Zersetzung – das Wort bedeutet in der Biologie Fäulnis oder Verfall. Daran erinnerte Dr. Sandra Pingel-Schliemann im Rahmen des Ausstellungszyklus' „Im Namen des Volkes? – Über die Justiz im Staat der SED". Die Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung hatte zu der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung ins Audimax der Fachhochschule Westküste eingeladen. Zersetzung – das war aber auch eine Vokabel der Geheimpolizei der ehemaligen DDR. Sie erstickte damit systematisch die politische Opposition und trieb etliche Wortführer mit perfiden Methoden sogar in den Selbstmord. Penibel zeichnete Sandra Pingel-Schliemann vor Schülern und Studierenden nach, wie diese Zersetzung betrieben wurde.

Dr. Sandra Pingel-Schliemann beschrieb, wie die Staatssicherheit Zersetzung betrieb.

Die Bemühungen Erich Honeckers um internationale Anerkennung vertrugen, so Pingel-Schliemann, keinen Justiz-Terror mehr, sondern Oppositionelle sollten schon im Vorfeld gestoppt werden. Sie schilderte beispielhaft den Fall der jungen Ärztin Karin Ritter, die in Mecklenburg-Vorpommern Friedenswanderungen initiiert und in Schwerin die Bewegung „Frauen für den Frieden“ mitgegründet hatte. Die Stasi-Agenten drangen mehrmals in ihre Wohnung ein und machten bei ihren Besuchen nichts weiter als das: Sie stellten Gewürz- und Teedosen sowie Blumentöpfe kaum merklich um oder entwendeten erst einfarbige Handtücher, dann bunte Bettwäsche. Kaum hatte sie Nachbarn davon erzählt, tauchten bei denen die Agenten auf und forderten sie zu Aussagen gegen Karin Ritter auf. Die wiederum dienten ihnen als Beweise für psychische Störungen. Karin Ritter fing an, an sich selbst zu (ver-)zweifeln. West-Psychologen, die mit Opfern der Zersetzung gearbeitet haben, nennen die Folgen: den Beginn der Realitätsdiffusion. Die Frau nahm sich 1990 in der Psychiatrie, in die die Stasi sie gebracht hatte, das Leben.

Berndt Steincke, Sandra Pingel-Schliemann und Dr. Thomas Haack (von links) anlässlich der Vortragsveranstaltung zu den Zersetzungsmethoden der Staatssicherheit.

Mit öffentlich verbreiteten Foto-Montagen, die nackte Frauen zeigen, wurde ein Pastor denunziert. Einem anderen lieferten Hunderte Händler Waren ins Haus, die er nie bestellt hatte – alles auf Veranlassung der Stasi.

Einem Künstler wurde während der Haft sein Haus abgerissen – er fand bei seiner Rückkehr nur eine Wiese vor.

Einer Schwangeren wurde – mit Hilfe instruierter Ärzte – „Krebs" attestiert. Die Forscherin vor dem Heider Publikum: „Sie können sich unschwer vorstellen, was all das für psychische Folgen bei den Betroffenen ausgelöst hat." Klar, dass die meisten mit diesen Problemen so viel zu tun hatten, dass sie ihre politischen Aktivitäten einschränken oder ganz aufgeben mussten. Folglich zieht Dr. Sandra Pingel-Schliemann das aus ihrer Sicht einzig mögliche Fazit: Die Stasi-Akten müssen auch weiterhin für Betroffene, Forscher und Medien zugänglich bleiben. „Es kann nicht sein, dass Opfern jenes Wissen, das Täter besitzen, vorenthalten wird."

Dr. Thomas Haack

Zu Sandra Pingel-Schliemann
„Zersetzen. Strategie einer Diktatur“

Zersetzung als Methode

Eine Rezension der in Heide vorgestellten Forschungsarbeit von Dr. Sandra Pingel-Schliemann verfasste Dr. Walter Süß in der Zeitschrift Horch und Guck, Heft 39 / 2002, Seiten 71 bis 73. Dr. Süß arbeitet in Berlin in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

„Mit Hilfe von Zersetzungsmaßnahmen versuchte die Staatssicherheit, Pfarrer, Bürgerrechtler und Gruppen von Ausreisewilligen zu zermürben, zu demoralisieren und ihre sozialen Zusammenhänge zu zerschlagen. Es wurden dabei Menschen in Verzweiflung und Einsamkeit getrieben, berufliche Existenzen zerstört; manche Oppositionelle stellten, um dem Druck zu entkommen, entnervt Ausreiseanträge, obwohl sie diese Option zuvor verworfen hatten. Heute können die Opfer dieser perfiden Methoden dank der Öffnung der Stasi-Akten scheinbar unerklärliche Ereignisse in ihrem Leben erhellen; es ist möglich geworden, geheimpolizeilich arrangierte Ursachen beruflicher Misserfolge, von Entfremdungen in Freundeskreisen und Zerwürfnissen in Gruppen zu durchschauen.

Dr. Sandra Pingel-Schliemann forschte im Rahmen ihrer Dissertation zur Zersetzung als Methode.

Das vorliegende Buch wird dabei helfen, da es die bisher umfassendste Darstellung von Zersetzungsmaßnahmen anhand konkreter Einzelfälle ist. Selbst für jene Bürgerrechtler, deren Akten während der Revolution vernichtet worden sind, kann es in Einzelfällen nützlich sein, um zu verstehen, was ihnen widerfahren ist. Es gibt zugleich eine Argumentationshilfe an die Hand, wenn ihnen nicht geglaubt wird, weil sie scheinbar banale Ärgernisse oder auch schwerwiegende, aber scheinbar „unpolitische" Probleme, die sie zu DDR-Zeiten hatten, auf das Wirken der Staatssicherheit zurückführen.

Darin liegt freilich auch die Gefahr von Fehlinterpretationen, denn nicht hinter allem steckte die Stasi, wenngleich die Geheimpolizei bestrebt war, den Eindruck zu erwekken, ihren Argusaugen entgehe nichts. Pingel-Schliemann behauptet, bei Personen, die in Operativen Vorgängen (OV) bearbeitet worden sind, müssten negative „Eingriffe in den beruflichen Werdegang" stets „eindeutig mit dem Staatssicherheitsdienst in Verbindung gebracht werden" (215).

Die Stasi habe in all diesen Fällen auch dann dahintergesteckt, wenn andere Institutionen (SED, Schule, Universität, Betrieb etc.) aktiv geworden seien. Obwohl das gewiss häufig vorgekommen ist, wäre doch erst noch nachzuweisen, dass das immer der Fall war. Voraussetzung dafür wäre, dass jene anderen Institutionen gegenüber solchen meist unangepassten Menschen kein eigenes Disziplinierungsinteresse verfolgt hätten – keine überzeugende Hypothese, die überdies in Widerspruch zu der treffenden Beschreibung der SED-Diktatur als eines Systems „struktureller Repression" (50) steht.

Pingel-Schliemann hat es nicht genügt, ein vor allem für die Betroffenen informatives und hilfreiches Buch zu schreiben. Es geht ihr – vielleicht weil es sich zugleich um eine Dissertation handelt – darüber hinaus um den Entwurf einer politischen Theorie der späten DDR, in deren Zentrum die „Zersetzung" als die „Strategie der Diktatur" steht, die gleichsam deren Wesen unmittelbar zur Erscheinung bringt (so wie Hannah Arendt das KZ als die reinste Verkörperung des Totalitarismus betrachtete[1]).

Die Konsequenz im methodischen Herangehen ist ein deduktiver Zugang, der dem Leser einiges abverlangt: von der klassischen Totalitarismustheorie, die zur Erhellung dieses Problems auch nach Meinung der Autorin kaum etwas beiträgt (61), zu modifizierten Totalitarismustheorien[2], die auf ihren zeitgeschichtlichen Kontext und ihre analytische Tragfähigkeit hin abzuklopfen versäumt wird. Zudem wird der wichtigste Beitrag zu einer Weiterentwicklung dieses Theorieansatzes auf solider empirischer Basis ignoriert: die Arbeiten von Juan Linz zum Posttotalitarismus. [3]

Die Argumentationslinie gipfelt in einer recht kühnen Aussage über die Rolle des MfS im SED-Staat (70). Von K.-D. Henke war 1993 postuliert worden, „historisch neuartig" sei am Staatssicherheitsdienst „dessen umfassende verdeckte Steuerungs-

und Manipulationsfunktion“ gewesen.[4] Das war seinerzeit eine interessante Hypothese, der freilich die empirische Basis fehlte. Seither ist die Forschung ein gutes Stück vorangekommen, ohne dass sich die damalige Vermutung hätte erhärten lassen.[5] Pingel-Schliemann jedoch scheint sie für eine feststehende Tatsache zu halten. Sie will zeigen, dass es sich in der DDR unter Honecker um eine „‚subtile' totalitäre Diktatur“ gehandelt habe. Der Umstand, dass sie den neuen Terminus „subtil“ durchweg in Anführungszeichen setzt, zeigt ihr eigenes und durchaus berechtigtes Unwohlsein mit dieser Begrifflichkeit. Subtil ist nämlich so ziemlich die letzte Eigenschaft, die einem mit Blick auf die DDR einfällt: Weder Mauer und Grenzanlagen (die für den Zusammenhalt der Diktatur gewiss wichtiger waren als die „Zersetzung“) noch die offizielle Propaganda hatten auch nur einen Hauch von Subtilität. Die DDR wurde beherrscht von einer grobschlächtigen und geistlosen Parteidiktatur, deren oberste Machthaber ebenso ungebildet wie phantasielos waren.

Was war „Zersetzung“ mit Blick auf das System? Aus Sicht der Autorin handelt es sich um eine „Strategie der Diktatur“ (so der Untertitel ihrer Arbeit), die mittels dieser „neuen totalitären Option“ zu einer besonders avancierten Form des Totalitarismus geworden sei (364). Tatsächlich war die Verbreitung dieser geheimpolizeilichen Taktik ab Mitte der 70er Jahre Ausdruck eines Dilemmas, in das die Politbürokratie ihren Staatssicherheitsdienst gestürzt hatte: Er sollte einerseits oppositionelle Regungen möglichst schon im Keim ersticken, andererseits aber so agieren, dass die außenpolitische Reputation – und Kreditwürdigkeit – der DDR keinen Schaden nahm. Pingel-Schliemann sieht diesen Aspekt durchaus (88 – 93), aber anschließend argumentiert sie, als ob die SED-Diktatur durch äußeren Druck gewissermaßen zu ihrem innersten Wesen gefunden hätte.

Als das Ziel von „Zersetzungsmaßnahmen“ bezeichnet die Autorin „nichts weniger als die Zerstörung der Persönlichkeit einzelner Individuen“ (186). Es gab unzweifelhaft solche Versuche: etwa bei evangelischen Pfarrern, deren Ruf systematisch diskreditiert wurde, oder hinsichtlich jener elf Personen, die die Staatssicherheit in den späten 80er Jahren als „unbelehrbare Feinde des Sozialismus“, als den „harten Kern“ des „politischen Untergrundes“, betrachtete und mit einem immensen Aufwand an Inoffiziellen Mitarbeitern mit Feindberührung (IMB) und an Zersetzungsmaßnahmen verfolgte, weil sie von der SED-Spitze nicht die Erlaubnis erhielt, sie zu verhaften.[6]

Im Vordergrund aber stand bei der Anwendung von Zersetzungsmaßnahmen das Bemühen der Staatssicherheit, jene Aktionen gänzlich zu verhindern oder im Keim zu ersticken, die anschließend strafrechtlich zu verfolgen die SED-Führung für außenpolitisch nicht opportun hielt. In einer einschlägigen „Dissertation“ an der „Juristischen“ Hochschule des MfS aus dem Jahr 1989 heißt es dazu: „Die immer wieder erhobene Forderung, feindlich-negative Personenzusammenschlüsse […] zum frühestmöglichen Zeitpunkt durch Zersetzungsmaßnahmen an ihrer weiteren

Profilierung und Stabilisierung erfolgreich zu hindern und letztendlich sie gänzlich aufzulösen, hat unter den gegenwärtigen Lagebedingungen das Primat vor strafrechtlichen und anderen restriktiven Maßnahmen."[7]

Die empirische Basis der Arbeit bilden 63 Operative Vorgänge, die die Autorin in mehr als zwei Dritteln der Fälle im Matthias-Domaschk-Archiv eingesehen hat. Dort finden sich vor allem die Akten von Ost-Berliner Oppositionellen. Für diesen Personenkreis war in der Staatssicherheit meist das Referat XX/4 der Bezirksverwaltung Berlin zuständig. Das aber war, auch nach MfS-Maßstäben, eine besonders bösartige Truppe, die selbst stasi-interne Normen missachtete. Das macht sie als Forschungsobjekt interessant, bedeutet jedoch nicht, dass ihre Aktivitäten ohne weiteres als repräsentativ für das Ganze gelten können. Eine Kontrollgruppe der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des Ministeriums, die im Jahr 1986 die Tätigkeit dieses Referates untersuchte, stellte fest, dass dessen Mitarbeiter „in schwerwiegender Form die diesbezüglichen Festlegungen der Richtlinie Nr. 1/76, Ziffer 2.6. (Zersetzungsmaßnahmen) verletzt [haben]. Dabei wurden Handlungen begangen, die Straftaten im Sinne des Strafgesetzbuches der DDR darstellen…"[8] Das hatte für die Verantwortlichen zwar keine strafrechtlichen, aber – anders als die Autorin nahelegt (288) – erhebliche berufliche Konsequenzen.[9]

In den Materialien zu dem ZAIG-Bericht war konstatiert worden, dass die Abt. XX der BV Berlin „als eine der wenigen Diensteinheiten des MfS überhaupt operative Maßnahmen der Zersetzung realisiert".[10] Das war gewiss untertrieben, wie ein Blick in die Bibliographie der Abschlussarbeiten an der Stasi-Hochschule in Potsdam-Eiche lehrt: Bei 16 Diplomarbeiten wird „Zersetzung" schon im Titel der Arbeit thematisiert.[11] In solchen Arbeiten wurden in der Regel eigene Erfahrungen der Diplomanden aus ihrer geheimpolizeilichen Tätigkeit verwertet (und mit einem pseudowissenschaftlichen Jargon überhöht). Die Diplomanden kamen in diesem Fall aus zwei Hauptabteilungen des Ministeriums (HA XX und HA IX), drei Bezirksverwaltungen und acht Kreisdienststellen. Objekt der Zersetzungsmaßnahmen waren in je sechs Fällen kirchliche Amtsträger und Gruppen des „politischen Untergrundes" und in vier Fällen Gruppen von Ausreisewilligen. Offenbar hatte „Zersetzung" als Methode in den 80er Jahren eine gewisse Verbreitung gefunden.

In welchem Umfang das aber tatsächlich der Fall war, ist bisher unklar. Pingel-Schliemann hilft in dieser Beziehung nicht weiter, weil sie unerwähnt lässt, in wie vielen der von ihr rezipierten 63 OVs Zersetzungsmaßnahmen nachweisbar sind, in wie vielen sich zumindest einschlägige Indizien finden und bei wie vielen das nicht der Fall war. Sie scheint anzunehmen, dass zumindest in den 80er Jahren in fast allen Operativen Vorgängen (jährlich 4.000 bis 5000) mit „Zersetzung" gearbeitet worden ist.[12] Das ist jedoch schon wegen der Zielsetzung dieser Methode sehr unwahrscheinlich: Sie war funktionales Äquivalent für strafrechtliche Repression gegen politisch

Andersdenkende. Überall da, wo die traditionellen Methoden noch anwendbar waren, war ein solch ausgeklügeltes Vorgehen überflüssig. Ebenso zum Beispiel in den vielen Fällen, in denen „kaderpolitische" Maßnahmen, faktisch: verdeckte Strafversetzungen oder Berufsverbote, aus Sicht der Stasi ein Problem lösten. Diese OVs richteten sich im übrigen nicht nur gegen Oppositionelle und Ausreisewillige, sondern – wenngleich in erheblich geringerem Umfang – zum Beispiel auch gegen korrupte Wirtschaftsfunktionäre, Rechtsextremisten und hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter, die sich verdächtig gemacht hatten. Der Vorschlag, jeden, der ausweislich der MfS-Karteien in einem OV bearbeitet worden ist, ohne weitere Prüfung als Opfer von „Zersetzung" finanziell zu entschädigen (355), ist deshalb auch nicht überzeugend.

Als wichtiges Hilfsmittel zur Perfektionierung der Zersetzungsmaßnahmen betrachtet die Autorin die stasi-eigene „Operative Psychologie" (201 – 213). Dabei neigt sie dazu, den „wissenschaftlichen" Gehalt dieser Sparte zu überschätzen. Das führt zu Aussagen wie der folgenden (kein Zitat aus einer einschlägigen Stasi-Arbeit, sondern von ihr selbst formuliert): „Psychologische Erkenntnisse zeigten, dass sich die Gefühle eines Menschen, wie Liebe, Haß, Freude, Ärger, Sicherheit, Unsicherheit, Lust, Unlust oder Sympathie und Antipathie, fördernd oder hemmend auf sein Handeln auswirken können." (211) Das gibt das Niveau dieser Stasi-Pseudowissenschaft ungewollt deutlich wieder.

Der Dresdner Psychologe Holger Richter hat es treffend charakterisiert: „Es zeigt sich ein starker Widerspruch zwischen wissenschaftlichem Anspruch und der Durchführung der Repressionsmaßnahmen, die eher als krude und simplifizierende Alltagspsychologie zu verstehen sind. […] Es herrschte eine Methodenperversion, d.h. Unterdrückungsmaßnahmen wurden mit wissenschaftlichen labels belegt, um die Verwendung zu rechtfertigen (so z.B. 'biographische Methode', wenn Nachbarn über eine Person ausgefragt wurden)."[13] Das ändert selbstverständlich nichts daran, dass auch die Schulung in alltäglichen Gemeinheiten für die Opfer dadurch inspirierter Maßnahmepläne schlimme Folgen hatte.

Pingel-Schliemann sieht den Fortschritt ihrer Arbeit im Vergleich zu bereits vorliegenden Untersuchungen vor allem darin, durch den Rückgriff auf einzelne Operative Vorgänge weniger „abstrakt" zu argumentieren (18). Obwohl sie eine große Anzahl von OVs durchgesehen und Opfer der Repression interviewt hat, verschenkt sie diesen Fortschritt infolge ihres deduktiven Ansatzes jedoch zum Teil: Die verschiedenen Zersetzungsmethoden werden mit einer Fülle von Beispielen illustriert, meist anhand von Einzelmaßnahmen und nur in drei Fällen in ihrer Kombination (288 – 306), die doch das eigentlich Zerstörerische dieser geheimpolizeilichen Taktik ausmachte. Vor allem aber stellt sie die Stasi-Pläne und die tatsächlich realisierten Maßnahmen (zwischen denen zudem deutlicher unterschieden werden müsste) kaum in ihren

jeweiligen Kontext. Die Oppositionellen, gegen die sich „Zersetzung" richtete, erscheinen so als passive Objekte, während sie doch tatsächlich – obwohl sie die Urheber repressiver Maßnahmen oft nicht identifizieren konnten – handelnde Akteure waren. Darin kommt ein methodisches Grunddefizit der westlichen[14] Totalitarismustheorie zum Ausdruck: dass die Gesellschaft nur als Objekt wahrgenommen wird.[15]

Im empirischen Detail enthält die Arbeit noch manche Ungenauigkeit, aber genug der Kritik: Als Überblick zu den verschiedenen Dimensionen und Methoden von „Zersetzung" ist die Arbeit nützlich und hilfreich. Und einzelne Fallstudien wie etwa zum OV „Alternative", der sich gegen einen oppositionellen Pastor in Neubrandenburg richtete (300 – 305), vermitteln einen plastischen Eindruck davon, wie die Staatssicherheit mit Zersetzungsmethoden gearbeitet hat, aber auch, wie sich Betroffene dagegen gewehrt haben. Dieser Ansatz, der in dem gesamten Werk eine allzu geringe Rolle spielt, müsste vertieft werden: Oppositionsgeschichte als Geschichte einer Vielzahl von Konflikten zwischen Parteistaat und Bürgerrechtlern zu schreiben, die mit Intelligenz und Mut die perfiden Methoden der Gegenseite vielfach konterkarierten und die – gemeinsam mit vielen anderen, die sich von ihrer Untertanenposition emanzipierten – letztlich stärker waren als SED und Staatssicherheit."

1 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Bd. III: Totale Herrschaft, Frankfurt u. a. 1975, S. 210 – 234.

2 Agnes Heller, Ferenc Feher u. György Markus: Der sowjetische Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag. Hamburg 1983.

3 Vgl. vor allem Juan Linz u. Alfred Stepan: Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-Communist Europe. Baltimore 1996.

4 Klaus-Dietmar Henke: Zu Nutzung und Auswertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993) 3, S. 575 – 587, hier 586.

5 Vgl. Jens Gieseke: Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945 – 1990. Stuttgart / München 2001, S. 132 – 159.

6 Vgl. Sonja Süß: Repressive Strukturen in der SBZ/DDR. Analyse von Strategien der Zersetzung durch Staatsorgane der DDR gegenüber Bürgern der DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit", hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1999, Bd. II.1, S. 193 – 250, hier 226.

7 Frank Erhardt; Rolf Kleine; Günter Stark; Günter Thiemig; Brigitte Wagner: Die politisch-operative Bearbeitung von feindlich-negativen Personenzusammenschlüssen, die im

Sinne politischer Untergrundtätigkeit wirken, in operativen Vorgängen; BStU, ZA, JHS 22020, S. 269.

8 ZAIG/Bereich 2: „Bericht über wesentliche Ergebnisse der Überprüfung in der Abteilung XX der BV Berlin", 5.1.1989; BStU, ASt Berlin, XX 2484, Bl. 1 – 30, hier 8; „Richtlinie Nr. 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV)" vom Januar 1976; BStU, ZA, DSt 3234. Nachdruck in: Karl Wilhelm Fricke: MfS intern. Macht, Strukturen Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Köln 1991, S. 93 – 135, Punkt „2.6 Die Anwendung von Maßnahmen der Zersetzung" S. 125 – 128.

9 Die beiden Haupttäter wurden, auch wegen anderer krimineller Machenschaften, degradiert und strafversetzt und schieden noch vor der Auflösung der Staatssicherheit aus dem Dienst. Der Referatsleiter wurde bis zu seiner bevorstehenden Verrentung – ohne Minderung der Bezüge – auf den Posten eines »Offiziers für Koordinierung« abgeschoben. Vgl. Walter Süß: Staatssicherheit am Ende, Berlin 1999, S. 579 f.; „Da wurden einige korrumpiert", in: Der Spiegel 24.12.1990, S. 41 – 51.

10 „Zu Problemen der Führungs- und Leitungstätigkeit in der Abt. XX der BV Berlin", o.D.; BStU, ZA, ZAIG 13748, Bl. 62 – 81, hier 68.

11 Insgesamt wurden 3.721 Diplomarbeiten gefertigt, von denen sich 220 mit PiD (politisch-ideologischer Diversion), PUT (politischer Untergrundtätigkeit) und OV (Operativen Vorgängen) befassten. Vgl. Günter Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlussarbeiten an der Hochschule des MfS; BStU, Abteilung Bildung und Forschung, Reihe A Dokumente, Nr. 1/98, Berlin 1998.

12 Eine explizite Aussage dazu findet sich in dem Buch nicht. Aber der Vorschlag jeden, der ausweislich der MfS-Karteien in einem OV bearbeitet worden ist, ohne weitere Prüfung als Opfer von „Zersetzung" finanziell zu entschädigen (355), kann nur so verstanden werden.

13 Holger Richter: Die Operative Psychologie des Ministeriums für Staatssicherheit. Frankfurt/M. 2001, S. 316. Zu den Hintergründen vgl. Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR (Wissenschaftliche Reihe des BStU 14). Berlin 1998, S. 673 – 688 („Die ‚Operative Psychologie' des MfS").

14 Während die westliche Totalitarismustheorie vom Ansatz her eine politikwissenschaftliche Herrschaftstypologie ist, setzte der Totalitarismus-Begriff in der osteuropäischen Dissidenz vom entgegengesetzten Pol an: von der Gesellschaft im Widerspruch zur Macht, deren totaler Steuerungs- und Kontrollanspruch zurückgewiesen wurde. Vgl. Jacques Rupnik: Der Totalitarismus aus der Sicht des Ostens, (zuerst 1984) Nachdruck in: Eckhardt Jesse (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996, S. 389 – 415; Süß (Anm. 9), S. 27 – 31.

15 Vgl. Sheila Fitzpatrick: New Perspectives on Stalinism. In: The Russian Review 45 (1986), S. 357 – 373.

Sandra Pingel-Schliemann: *„Zersetzen. Strategie einer Diktatur" (Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs 8), Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Berlin 2002, 416 Seiten, ISBN 3-98049 20-7-9, 22,00 Euro.*

Podiumsdiskussion mit Rudi Beckert

Richter im Unrechtsstaat – einer blickt selbstkritisch zurück

„Gegenüber Betonköpfen will ich mich nicht rechtfertigen". Mit diesem Satz distanziert sich Rudi Beckert, fünfthöchster Richter in der ehemaligen DDR, von seinen Berufskollegen. Sie schimpfen ihn seit der Wende Verräter, dabei hat er vermutlich die ehrlichsten Konsequenzen aus seiner früheren Arbeit als Richter im Unrechtsstaat gezogen: Er verzichtete freiwillig darauf, in irgendeiner Weise der Rechtspflege in der Bundesrepublik zu dienen, bewarb sich also nicht um eine Richterstelle und eröffnete auch nicht eine Anwaltskanzlei. Und – vielleicht die bedeutendste Entscheidung – er begann damit, sich intensiv mit seiner früheren Rolle auseinanderzusetzen, darüber zu publizieren und auch öffentlich in Diskussionen Rede und Antwort zu stehen. Er übernimmt damit im besten Sinne Verantwortung – für sich persönlich und für die Gesellschaft und den Staat, die seine neue Heimat sind.

Aufmerksam hören Bernhard Flor, Uta Fölster (v. l.) und Klaus Bästlein (r.) Rudi Beckert bei seinen Erläuterungen zu seiner Arbeit als DDR-Richter zu.

Beckert erzählte in der Fachhochschule Westküste in Heide (FHW) im Rahmen des kreisweiten, von der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt initiierten Projekts „Im Namen des Volkes? Über die Justiz in der DDR", wie er mit seinen Richterkollegen den Gedankenaustausch über die von SED, Politbüro und der Staatssicherheit instrumentalisierten Urteile debattieren wollte – und kläglich scheiterte. Fortan ist er somit ein Außenseiter – nicht die schlechteste Position, um unabhängig und wachen Auges rückwärts blicken zu können.

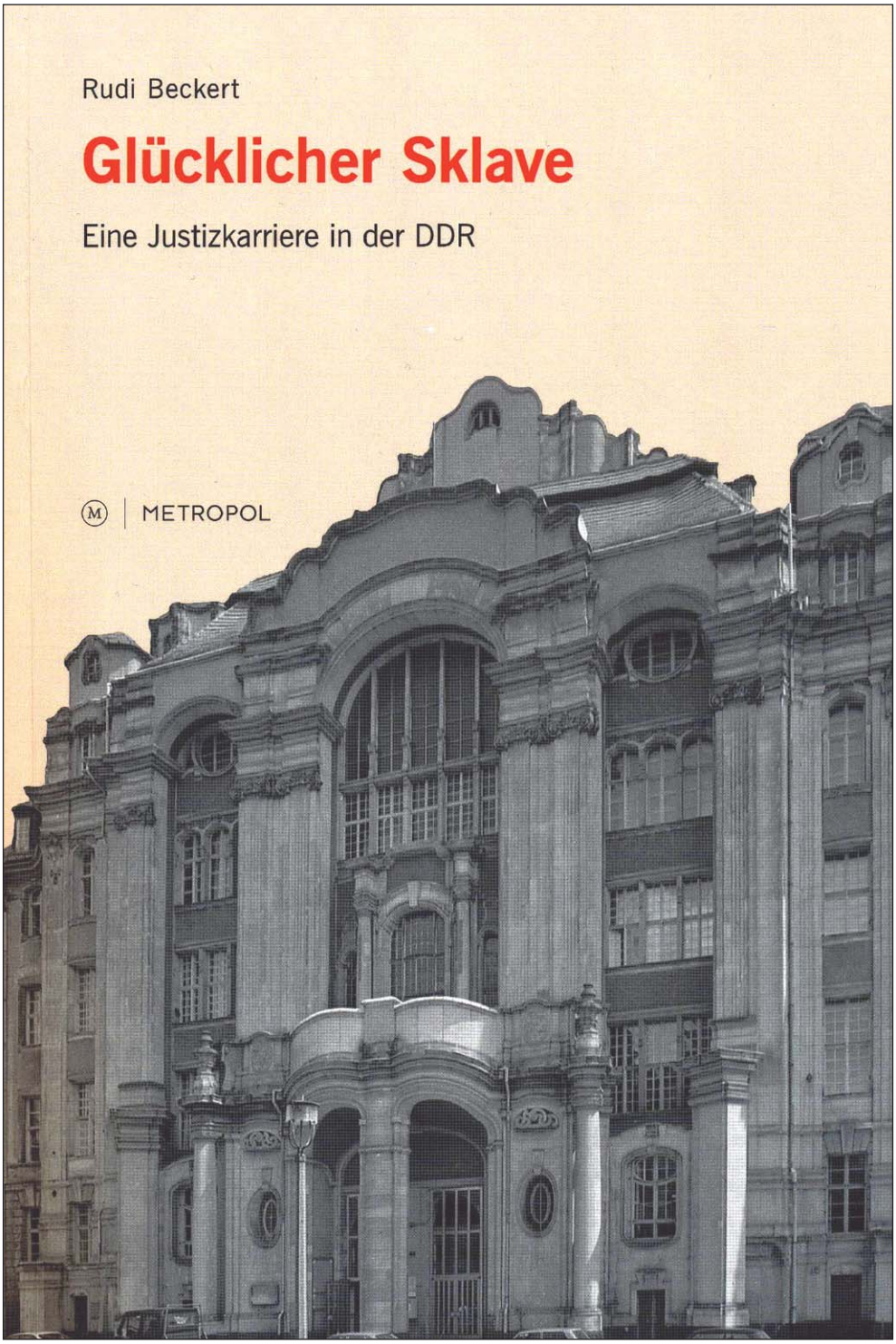
Rudi Beckerts Besuch in Heide war der von allen Beteiligten mit Spannung erwartete Höhepunkt der Veranstaltungsreihe, die die Stiftung als Aufarbeitung des Unrechts in der DDR angeregt hatte. Beckert saß bei seinem Auftritt im Audimax der Fachhochschule bezeichnenderweise neben einigen der höchsten Richter Schleswig-Holsteins: neben Bernhard Flor, Präsident des Landgerichts Itzehoe, und Uta Fölster, Präsidentin des Oberlandesgerichts Schleswig, die auch die Moderation übernommen hatte.

Prof. Dr. Hanno Kirsch, Präsident der FHW, hatte zur Begrüßung betont, wie brisant das Thema bleibe, denn das Wesen einer Demokratie sei ja stets zu überprüfen, ob die gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen nicht etwa Tendenzen hin zu einem Unrechtsstaat begünstigen könnten.

Es sei „wunderbar", dass die Heider Stiftung „junge Menschen gegen autoritäre politische Strukturen immun machen will", hatte Joachim Gauck in einem Grußwort zur Veranstaltung geschrieben, das Berndt Steincke, Vorstand der Stiftung, verlas. Es freue ihn sehr, dass Schüler sich mit DDR-Geschichte auseinandersetzten, „um den Unterschied zu verstehen zwischen Justiz als Mittel zur Gegnerbekämpfung und Justiz als Garant von Bürgerrechten." Genau darauf war Steincke in seinem eigenen Grußwort eingegangen: „Wer angepasst war, wer sich geduckt hat und überall im Sinne der Partei und ihrer Machthaber mitmachte, hatte auch wenig zu befürchten. Wer aber das eigene Denken und den Wunsch nach Freiheit nicht aufgegeben hatte, der wurde von den Staatsorganen verfolgt."

Als Einstimmung auf die Diskussion mit Rudi Beckert trugen Schüler des Berufsbildungszentrums Heide aus ihrem Projekt vor. Jeder hatte einen Zeitzeugen befragt und das Gespräch dokumentiert. Christian Wolter berichtete, sein Gesprächspartner habe von einer unbeschwerten Kindheit und einer guten Schulbildung erzählt, die durch ihren anwendungs- und berufsbezogenen Charakter womöglich sogar vorbildlich für den Westen hätte sein können. Er habe sich aber gegen das politische System gewandt, das er klar als diktatorisch bezeichnet habe.

Riecke Albers war einem Lehrer begegnet, der gezwungen werden sollte, in die SED einzutreten. Er weigerte sich, wurde prompt suspendiert, wodurch er sich gefühlt habe, als sei ihm „der Boden unter den Füßen weggezogen worden."



Mit sich selbst und der DDR-Justiz geht Rudi Beckert in seinem Buch zu Gericht.

So emotional sei sogar heute noch sein Bericht gewesen. Bei Durchsicht seiner Stasi-Akte sei er schockiert gewesen, was ihm alles unterstellt worden sei. Er habe sich in den Schuldienst einklagen müssen.

Katja Wulf hörte von einer ehemaligen Chefsekretärin, dass sie in einem fensterlosen Raum im Auftrag der Stasi Briefe schreiben musste. Nach jeder Seite (!) habe das Farbband zerstört werden müssen, um Rückschlüsse auf die Herkunft zu vertuschen. Abends sei sie bis zur Pforte begleitet worden, damit sie nicht einmal in Gedanken vom rechten Weg abkommt.

Christina Claußen hatte eine Frau interviewt, die von Westberlin aus Verwandte in der DDR besucht hatte. Ihre Angehörigen hätten angepasst und unauffällig in Wohlstand gelebt, auch wenn sie nicht alles hätten gutheißen können.

„Zurück in den Absolutismus, hinter die Aufklärung" sei die DDR mit ihrem Rechtssystem gefallen, so Dr. Klaus Bästlein, Jurist und Historiker, der als Abteilungsleiter beim Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin arbeitet. Er charakterisierte die Entwicklung der Justiz in Ost und West nach dem Krieg. In der DDR sei die „Justiz nichts anderes als ein Zweig der Verwaltung" gewesen, wie es der erste Justizminister Max Fechner mal formuliert habe. Walter Ulbricht habe klar gefordert, „es soll demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten." Juristen seien erst in Internatsschulen, ab 1952 auch universitär ausgebildet worden. Ab der 60er Jahre seien aber nur noch Abiturienten aus linientreuen Elternhäusern zum Zuge gekommen. Allerdings zeigte er ein interessantes Phänomen auf: Je besser die Ausbildung der Juristen, desto größer sei die Distanz zum Staat gewesen. Dennoch habe die Partei immer Recht gehabt. Richter hätten sogar auf den Spruch der Partei warten müssen, bevor sie ihr Urteil verkünden konnten – das nur noch vollzog, was politisch gewollt war.

So seien Richter zu „Sprechpuppen der Partei" verkommen. Oft steckten die Richter so in einer Zwickmühle: Was juristisch falsch war, konnte politisch korrekt sein – oder umgekehrt. Weil diese politische Justiz im Westen mehr und mehr öffentlich kritisiert wurde, wechselte die Staatsführung dazu, Kritiker durch Bespitzelung und polizeiliche Maßnahmen schon im Vorfeld der Prozesse lahmzulegen.

Dr. Bästlein verwies zudem auf den in beiden Teilen Deutschlands in den ersten Jahren gänzlich unterschiedlichen Umgang mit ehemaligen NS-Juristen. Während im Westen als „Makel" kein Staatsanwalt oder Richter zur Verantwortung gezogen worden sei und die Justiz überwiegend ehemaligen Mitgliedern der NSDAP überlassen war, blieben im Osten allenfalls 20 Prozent ehemaliger NS-Juristen im Dienst. Dieses sei dort als antifaschistische, demokratische Erneuerung gefeiert worden und habe in die schon beschriebene politische Justiz geführt, während hier trotz der NS-Vergangenheit „langsam ein demokratischer Rechtsstaat" geformt worden sei.

Deutlich unterstrich Bästlein, dass angesichts von „nur“ 240 Todesurteilen in der DDR und 20.000 in der Hitlerzeit sich ein Vergleich der beiden Systeme verbiete. Separat war die Willkür-Justiz im Nationalsozialismus ein Jahr zuvor von der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt ebenfalls mit Schülerprojekten aufgearbeitet worden.

Kurz beschrieb Klaus Bästlein Rudi Beckerts Werdegang, bevor dieser selbst zu Wort kommen sollte. Beckerts Eltern waren gezwungen, in der Rüstungsindustrie zu arbeiten. Er erlebte zwischen 1943 und 45 die Luftangriffe auf Leipzig mit und wie die Amerikaner (!) die Stadt befreiten. Schule und Studium absolvierte er mehr recht als schlecht, reüssierte anfangs eher als Sänger, Akkordeonspieler oder auf der Klampfe. In eine Dixieland-Kapelle vereinte er gleich mehrere Juristen. Halbherzig sei er den Schulungen im marxistisch-leninistischen Denken gefolgt, weil ihm das schon suspekt vorgekommen sei. Nach Leitungen von Strafsenaten an mehreren Gerichten war Rudi Beckert am Ende der fünfthöchste Richter der ostdeutschen Republik.

1989 sei er in ein tiefes Loch gestürzt, berichtete er selbst. „Mein Weltblick war zerstört.“ Zu sehr war er offenbar in die politisch gelenkte Justiz-Maschinerie eingebunden gewesen. Erst allmählich begriff er den Segen echter Gewaltenteilung, den er nie erleben konnte. In seinem Richterleben hätten immer die Partei oder die Volkskammer Urteile vorgegeben. In seinem zweiten Buch „Glücklicher Sklave“ schilderte er sogar von Staatsanwälten formulierte „Prozess-Drehbücher“ und wie

Blieb keine Antwort schuldig: Rudi Beckert wich keiner Frage aus dem Publikum aus.

er nach Prozessen in großer Runde zu Selbstkritik gezwungen oder anlässlich von Feiern (!) nach politisch korrekter Urteilsverkündung mit Orden ausgezeichnet wurde. Von Übel sei auch gewesen, dass die Richter zeitgleich mit der Wahlperiode der Volkskammer berufen worden seien, was die Abhängigkeit noch verstärkt hätte.

Elisabeth Steinschulte, die Ehefrau des verstorbenen Stiftungsvorstands Klaus Steinschulte, erkundigte sich bei Rudi Beckert danach, wie sich denn seine Richterkollegen nach der Wende verhalten hätten. Da antwortete er, dass es im Unterschied zu den Kollegen sein Ding nicht gewesen sei, „einfach das Mäntelchen zu wechseln". Uta Fölster, die zu der Zeit Justizsprecherin in Berlin war, ergänzte, dass in der heutigen Hauptstadt rund 14 Prozent als Richter übernommen worden seien, in Sachsen hingegen über 60 Prozent. Kritisch merkte sie an, dass man ein anderes Rechtssystem wie das der Bundesrepublik „sicher nicht gleich von heute auf morgen verinnerlichen kann."

Zur Kernfrage des spannenden Nachmittags mit dem ehemaligen Oberrichter kam schließlich Bernhard Flor, Präsident am Landgericht Itzehoe und Präsident des Landesverfassungsgerichts. Er sprach von „Verschränkungen" der Gewalten, die es auch im Westen gebe. So würden Richter von der Exekutive eingestellt. In diesem Sinne gebe es zwar Konfliktfelder, „aber der demokratische Konsens ist so enorm", dass der Garant dafür sei, dass das so bleibt.

„Wir haben das große Glück, in einem Rechtsstaat arbeiten zu dürfen."

Eine vielsagende Anekdote gab Rudi Beckert schließlich noch zum Besten. Aufgabe der Richter sei es auch gewesen, präventiv tätig zu sein. So besuchte er einen Betrieb und sprach vor den Mitarbeitern über die Verurteilung ihres ehemaligen Kollegen wegen staatsfeindlicher Hetze und den Sinn und Zweck der Strafe im Sozialismus. Erstaunt bemerkte Beckert, wie sich die Zuhörer amüsierten – bis einer aus seiner Kleidung eine Postkarte hervorkramte: ein Gruß aus dem Westen von dem durch die Bundesregierung freigekauften Häftling. Blamiert blieb Rudi Beckert zurück. Er hatte von Freikäufen gehört, das aber nie geglaubt.

Warum so vieles im Justizapparat bis heute nicht genau bekannt ist, wusste Berndt Steincke abschließend ein Stück weit zu erklären. Bei seinem Besuch mit Klaus Steinschulte in Hohenschönhausen – dem Ausgangspunkt für die Dithmarscher Veranstaltungsserie – sei er schockiert gewesen, dass Wärter und andere Täter in der DDR-Justiz unbehelligt von bundesdeutschen Strafverfolgern gegenüber in den Wohnblöcken leben. Ehemalige Häftlinge, die durch die Ausstellung führten, erläuterten ihnen, warum das so ist: weil alle Schritte aufgeteilt worden seien. Einer verhaftet den Beschuldigten, ein anderer fährt den Wagen, der nächste empfängt ihn am Gefängnis, ständig wechselnde Wärter. Steincke: „Das führt zu völlig abgeschotteten Verantwortlichkeiten, die sie vor der Strafverfolgung als einzelner bewahrt."

Interview mit Stiftungsvorstand Berndt Steincke

Unser Ziel: Immun machen gegen autoritäre Staatsformen

Wann entstand die Idee zur DDR-Justiz-Ausstellung?

2010 las ich in einem Bericht der E-Mail eines früheren Landtagskollegen, dass nach einer Universitätsumfrage junge Leute in Deutschland erschreckend wenig über die Geschichte der DDR und ihren Unterdrückungsapparat wussten. Aus etlichen Nachrichten, Berichten und Äußerungen ehemaliger DDR-Bürger konnte man in den letzten Jahren eine zunehende Verharmlosung der damaligen politischen Verhältnisse erkennen.

Nachdem die Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung sich schon mit etlichen Schulklassen im Lande mit den Themen Nationalsozialismus, Zwangsarbeit, Christentum und Islam, Stolpersteine und Widerstand in beiden deutschen Staaten gegen Diktaturen beschäftigt hatte, passte dieses Thema sehr gut. Auch hier geht es darum, die Geschichte nicht verklären zu lassen, sondern jungen Menschen im Wissen um die damaligen Geschehnisse die Wahrheit zu sagen und gegen autoritäre Staatsformen immun zu machen.

Berndt Steincke, Vorstand der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung.

Worin liegt der Sinn der Schulprojekte?

Der Wert unserer heutigen Demokratie wird besonders deutlich, wenn man auf die unheilvolle Geschichte des Zweiten Weltkrieges zurückblickt und auch vor den damaligen brutalen Methoden der Stasi in der früheren DDR nicht die Augen verschließt.

Die Projekte in Zusammenarbeit mit jungen Menschen sollen so viel Wissen vermitteln, dass sie nicht auf intolerante Ideologien und neue Formen von Extremismus hereinfallen. Die professionellen Ausstellungsteile aus Berlin und anderen Städten werden stets ergänzt durch selbst erstellte Ausstellungsbeiträge der Schulen. Das sind z.B. eigene Infotafeln mit geschichtlichen und juristischen Hintergründen, eigene Modelle (Mauerbau, Stasi-Gefängniszelle), selbst erarbeitete Theaterstücke, Musikaufführungen und Zeitzeugenberichte.

Dazu kommen oft Begleitveranstaltungen wie z.B. Workshops über Diktatur-Methoden, Vorträge von Buchautoren über Unrechtssysteme, Berichte von Zeitzeugen über ihre Verstrickungen und Leiden in Diktaturen, Recherche im Landesarchiv und in den örtlichen Archiven zur Ermittlung von geschichtlichen Entwicklungen, Täter- und Opferberichten, Pflege von Gräbern und die Suche nach Namen von verstorbenen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Die jungen Menschen waren immer besonders tief beeindruckt, wenn Zeitzeugen in ihrer Schule über ihr Schicksal in Diktaturen berichteten.

Haben Schülerinnen und Schüler überhaupt Interesse an solchen Themen?

Oh ja! Bei allen unseren Projekten haben wir uns über sehr interessierte und aufgeschlossene junge Menschen gefreut. Wenn sie bei der Recherche von uns und ihren Lehrerinnen und Lehrern unterstützt werden, bringen sie erstaunliche Ergebnisse zustande. Man kann es in unserer Homepage „www.stiftung-geug-heide.de“ über die veröffentlichten und kostenlos als pdf-Datei herunterladbaren Bücher hinsichtlich ihrer Arbeiten leicht nachlesen. Schulklassen in Heide, Meldorf, Marne, Brunsbüttel, Husum, Flensburg, Schleswig, Kiel, Lübeck und Itzehoe haben bewiesen, dass sie nicht nur selbstständig in Archiven recherchieren können, sondern sehr erfolgreich auch Zeitzeugen aufgesucht und Interviews erstellt und aufgearbeitet haben.

Immer wenn einzelne Schulklassen an unseren Projekten beteiligt wurden, besuchten Klassen der selben Schule im Geschichtsunterricht ebenfallsdie Ausstellungen. So haben sich seit Bestehen der Stiftung 2005 weit über 20.000 junge Menschen aus Schleswig-Holstein mit eigenen Exponaten, Aufführungen und Zeitzeugenberichten sowie Besuchen an den Ausstellungen beteiligt.

Was ist Ihr Motiv, diese ehrenamtliche Arbeit zu leisten?

Wenn man das große Glück gehabt hat, in Freiheit, Frieden und auch noch im Wohlstand im Nachkriegsdeutschland aufgewachsen zu sein, ist man dankbar.

Ich habe ehrenamtlich rund 30 Jahre in der Kommunalpolitik und 9 Jahre im Landtag Schleswig-Holsteins arbeiten können. Dabei konnte ich erfahren, dass die uns Deutschen von den damaligen westlichen Besatzungsmächten geschenkte Demokratie verletzbar und leichter gefährdet ist, als man allgemein glaubt.

Ich habe oft gesagt, dass die Bewährungsprobe für unsere Demokratie dann kommt, wenn einmal Demokratie und Wohlstand sich nicht mehr parallel positiv entwickeln.

Bisher bin ich aber sehr damit zufrieden, dass trotz etlicher Probleme bei einer abflachenden Wohlstandskurve unsere Bevölkerung nicht auf radikale Splitterparteien abgedriftet ist. Aber immer wieder treten durch radikale Ideologien, durch Intoleranz, Extremismus, Fremdenhass und Gewalt, aber auch über Massenmedien (Internet) neue Gefahren auf.

Um unsere Freiheit zu erhalten, muss man deshalb wachsam bleiben und darf sich von der Gemeinschaft (= Politik) nicht abkoppeln. Wer sich nicht für Geschichte und Politik interessiert, kann schnell zum Opfer werden.

Mitzuhelfen, junge Menschen gegen neue diktatorische Entwicklungen rechtzeitig immun zu machen, war und ist mein Motiv. Für mich ist es ein gutes Gefühl, wenn ich junge Menschen davon überzeugen kann, dass man für diese Demokratie und unsere kostbare Freiheit notfalls auch kämpfen muss.

(Die Fragen stellte Birger Bahlo)

Eröffnungsfeier im Elbeforum Brunsbüttel

Beeindruckende Theaterszenen und der Nachbau einer Gefängniszelle

Mit gänzlich neuen Aktionen und Ideen setzten Schüler aus dem südlichen Dithmarschen den in Heide begonnenen Veranstaltungszyklus zum DDR-Unrecht fort. War es in Heide der Todesstreifen an der Grenze, der von Schülern als Modell nachgebaut worden war, hatten sich Schüler der Marner Regionalschule daran gemacht, eine Gefängniszelle im Original nachzubauen und in ihr die Schicksale von vier jungen Regimekritikern zu dokumentieren. Diese Zelle war ohne Zweifel eines der spektakulärsten Exponate, die Dithmarscher Schüler für das von der Heider Stiftung gegen Extremismus und Gewalt initiierte Projekt zum Unrecht in der ehemaligen DDR anfertigten.

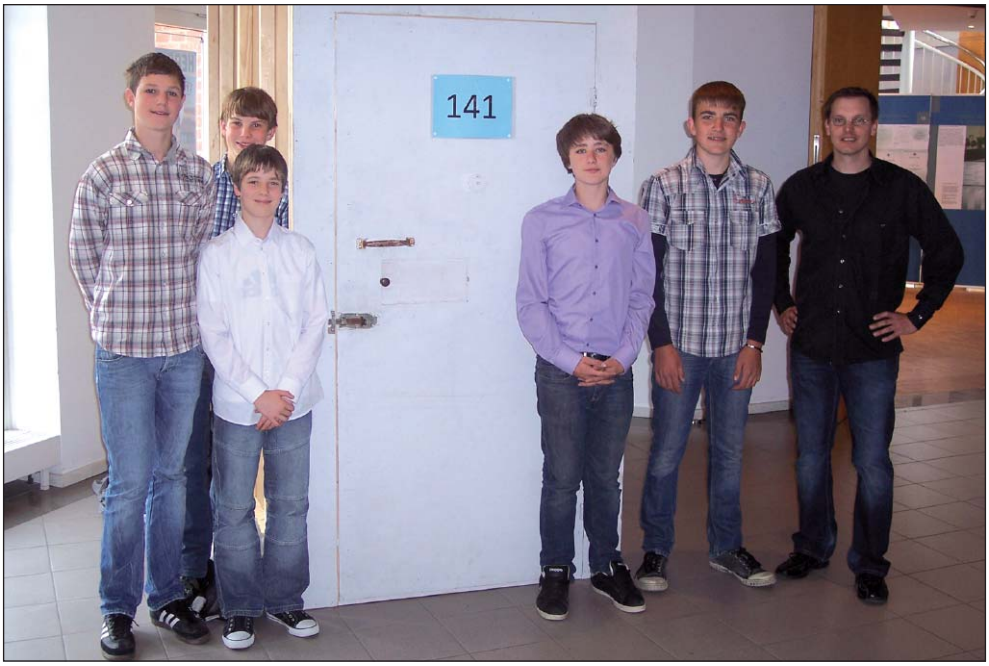
Unter die Haut gingen den Gästen der Ausstellungseröffnung im Bürgersaal des Elbeforums mit Sicherheit auch jene Szenen, in denen Schüler des Brunsbütteler Gymnasiums Einschränkungen der Menschenrechte, Methoden der Staatssicherheit,

Repräsentativer Ausstellungsort: Hier im Elbeforum Brunsbüttel fand nach Heide die zweite Präsentation von Schülerprojekten statt.

Im großen Rund des Bürgersaals war die Ausstellung platziert.

Es ist vollbracht:
Berndt Steinke (links)
hatte die volle Unterstützung
durch Dr. Wolfgang Plüghan

Mutig, wie die Schüler aus Marne in Brunsbüttel ihre Exponate in einem Redebeitrag vorstellten.



Marvin Bolten, Kim-Malte Hennings und Luca Bühring aus der 9e sowie Lars Karstens und Nicklas Look aus der 9d der Regionalschule Marne mit Christian Kühl.

andauernde Verhöre oder die Vertuschung tödlicher Schüsse auf Flüchtende an der innerdeutschen Grenze darstellten.

Mit ihrem Lehrer Gerd Striebinger, dem Leiter der Fachschaft Geschichte, hatten die Schüler der Klasse 10a das Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen besichtigt. Mit hohem Einfühlungsvermögen in die Schicksale Gefangener haben sie daraus jene Episoden entwickelt, die sie samt Erläuterungen bei der Ausstellungseröffnung präsentierten. Intensiv hatten sie dafür Erfahrungsberichte der politischen Gefangenen in der Gedenkstätte und Stasi-Unterlagen studiert. Im Zusammenhang mit ihrem Aktenstudium hatten sie miteinander Fragen nach Herkunft, Zielen und Zukunft erörtert, wie sie sich junge Menschen im Osten wie im Westen stellen. Zudem hatten sie sich mit Reiner Kunzes Buch „Deckname Lyrik" befasst, in dem der Schriftsteller aus seiner Stasi-Akte zitiert. So umriss Gerd Striebinger die Arbeit an dem Projekt „Unrechtsstaat DDR". Der Leiter des Gymnasiums, Hans-Walter Thee, dankte in seiner Begrüßungsansprache der Stiftung, die Schüler als Akteure in die Ausstellungseröffnung einzubeziehen.

Ebenso berührt von Einzelschicksalen zeigten sich die fünf Jungs der Regionalschule Marne, als sie in der Feier zur Ausstellungseröffnung vom Nachbau der Gefängniszelle berichteten. Marvin Bolten, Kim-Malte Hennings und Luca Bühring aus der 9e

Volles Haus: Die Eröffnungsfeier in Brunsbüttel fand vor großem Publikum statt.

Eindrucksvoll: Die Schüler zitierten aus Verhörprotokollen.

Szenen aus den Stasi-Gefängnissen, die den Gästen unter die Haut gingen.

sowie Lars Karstens und Nicklas Look aus der 9d hatten sich mit ihrem Geschichtslehrer Christian Kühl gerne dem Projekt DDR-Justiz gewidmet. „Wir fünf waren sofort einverstanden, weil wir fanden, dass eine Projektarbeit zum Unrechtsstaat der DDR sehr spannend und ergiebig sein könnte“, berichteten sie während der Eröffnungsfeier von ihrem Start. Weil sie während ihrer Recherchen zu den Opfern der DDR-Justiz oft auf Einzelschicksale gestoßen waren, die in den Gefängnissen der Stasi bedrückend unmenschliche und grausame Dinge erleben mussten, hatten sie sich für den Nachbau einer Gefängniszelle im Originalmaßstab entschieden. „Als Vorbild diente uns eine Zelle der Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Schönhausen.“ Sie dankten während der Feier der Zimmerei Sachau in Barlt, die das Material für die Zelle sponserte. Die Schüler dokumentierten die Schicksale von Ulrike Jonas, Werner Teske und Mario Röllig auf kleinen Steckbriefen, die sie in der Zelle aushängten.

Um ihr Projekt zu präsentieren und dabei gleich die Wirkung auf Besucher auszuprobieren, hatten sie an ihrer Schule Lehrer gebeten, in der Zelle Platz zu nehmen, während sie ihnen die Einzelschicksale vortrugen. „Alle haben dies als sehr bedrückend empfunden“, erzählten aus ihrem Schulprojekt und nehmen als Fazit für sich mit: „Es ist kaum auszumalen, wie es den Opfern der DDR-Justiz in einem solchen Gefängnis erging.“

Fazit ihrer Arbeit: „Es ist kaum auszumalen,
wie es den Opfern der DDR-Justiz in einem solchen Gefängnis erging.“

Perfekt ahmten die Schüler die Verhöre durch die Staatsanwälte nach.

Dr. Klaus Bästlein, Abteilungsleiter beim Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin: „So Hervorragendes habe ich noch nirgendwo im Land gesehen!"

Großes Lob fand Dr. Klaus Bästlein, Jurist und Historiker, der Abteilungsleiter beim Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin ist. In der Eröffnungsfeier sagte er: „So Hervorragendes habe ich noch nirgendwo im Land gesehen!“ In seinem Fachvortrag beschrieb er einmal mehr die Grundzüge des Rechtssystems in der DDR. „Justiz galt als ein Teil der Verwaltung und nicht als einzelnes Organ wie bei der Gewaltenteilung“, so Bästlein. „Volksrichter hatten eine besondere Position, wenn auch nur ein bescheidenes juristisches Wissen, dafür eine starke Parteiergebenheit.“

Berndt Steincke, Vorstand der Heider Stiftung gegen Extremismus und Gewalt, begründete anlässlich der Ausstellungseröffnung, warum sich auch andere Schulen so intensiv wie die in Dithmarschen beteiligten um das Thema kümmern sollten.

Nach einer Studie der Freien Universität Berlin von 2008 sei das Wissen deutscher Schüler mangelhaft. Nur jeder Dritte wusste, dass die DDR die Mauer gebaut hat. Viele meinten, die Umwelt sei in der DDR sauberer als in der Bundesrepublik gewesen. Und von einer Todesstrafe wusste nur ein rundes Viertel der Schüler.

Wie haben das wohl die Profis gemacht?: Schüler vor den Tafeln der Wanderausstellung des Bundesministeriums der Justiz.

Zu Recht stolz sind die Schüler der Regionalschule Marne auf ihren Nachbau einer Gefängniszelle.

In Garagen fanden die Vorarbeiten für den Zellenbau statt.

Einmal Platz nehmen – nur aus Freude am gelungenen Werk.
Im Ernst: Sie wissen nun genau, wie sich Gefangene hier gefühlt haben müssen.

Genau dokumentierten die Marner Schüler die Phasen des Baus ihrer Zelle und stellen die Isolation der Häftlinge in Schaubildern dar.

Impressum

Im Namen des Volkes?
Über die Justiz im Staat der SED

Ausstellung des Bundesministeriums der Justiz –
verbunden mit Projekten an Schulen
in Dithmarschen

Dokumentation der Stiftung
gegen Extremismus und Gewalt in Heide
und Umgebung

Herausgeber
Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide
und Umgebung
www.stiftung-geug-heide.de

Autor
Birger Bahlo
Der in Schwabstedt
lebende Journalist,
Jahrgang 1957,
arbeitet landesweit
für den
Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag.
Zudem schreibt er für Publikationen des Handwerks
und für Stadtmagazine.

Fotos
Die Bilder in dieser Dokumentation
stammen von Berndt Steincke, Birger Bahlo
und von den beteiligten Schulen.

Gesamtherstellung
Heider Offsetdruckerei Pingel-Witte
www.pingel-witte-druck.de

Haftung
Die Stiftung und der Autor übernehmen keine Haftung oder Garantie für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Informationen.

Rechte
Die Stiftung und der Autor stellen die eigenen Fotos und Texte frei von Rechten zur Verfügung. Die Weiterverwendung ist unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte der auf den Fotos Abgebildeten ausdrücklich gewünscht. Die Inhalte dürfen jedoch nicht zu kommerziellen Zwecken kopiert, verbreitet, verändert oder Dritten zugänglich gemacht werden.

Der originalgetreue Nachbau einer Gefängniszelle,
um die bedrückende Situation politischer Häftlinge
nachempfinden zu können,
gehört sicher zu den spektakulärsten Projekten,
denen sich Schüler in Dithmarschen
im Rahmen ihres Geschichtsunterrichts annahmen.

Andere interviewten ehemalige Bürger der DDR,
die drangsaliert, bespitzelt, verhaftet
und verhört worden sind.

Viele von ihnen sind bis heute traumatisiert.
Auch die gesundheitlichen Auswirkungen
dieser Methoden der Staatssicherheit
sind von den Schülern erforscht worden.

Das gemeinsame Fazit aller:
Sie passen in Zukunft noch besser auf,
dass sich totalitäre Strukturen
gar nicht erst wieder entwickeln können –
und das mit wachem Auge
auch für andere Staaten in der Welt.